

PRESSESPIEGEL

der CDU in Pankow

Juli 2023

++ Die Sonntagsfahrer Das Mobilitätsgesetz des neuen Berliner Senats S.2++


++ Wieder Autos auf der Friedrichstraße S.3++

++ Berliner Haushaltspläne Kritik an möglichen Kürzungen beim Radverkehr - auch von SPD S.7++

++ Bis zu 60 Prozent weniger Geld: Berliner Senat will Mittel für Radwegebau massiv kürzen S.11++

++ Kein Schild: Feuerwehrezufahrt an der Kita Friedrich-Richter-Straße kennzeichnen S.26++

++ Streit um Lärm Späti-Betreiber kritisieren in Pankow geplantes Stühleverbot S.33++

Datum: 11.06.2023	Medium: Radio Eins
	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft


Die Sonntagsfahrer Das Mobilitätsgesetz des neuen Berliner Senats

So 11.06.23 | 12:10 Uhr

Der Bericht ist [hier](#) hörbar.

Als einer ihrer ersten Amtshandlungen hat Berlins neue Verkehrssenatorin Manja Schreiner von der CDU das vom Vorgänger-Senat geplante Berliner Mobilitätsgesetz gestoppt und einige Änderungen eingebracht. Vorteile soll es unter anderem für den Wirtschaftsverkehr geben. Darüber soll noch im Juni abgestimmt werden. Die „Neue Mobilität“ wird erstmal hinten angestellt, das Thema hat CDU-Verkehrssenatorin Schreiner auf den Herbst vertagt. Es wird also viel gesprochen über die Mobilität in Berlin, das Wort „Fahrrad“ fällt dabei aber gefühlt nicht so häufig, es geht eher um das Auto.

Organisationen wie der ADFC und Changing Cities berüchten nun, dass der neue schwarz-rote Senat das Mobilitätsgesetz aushöhlen und eine Abkehr von der Mobilitätswende vollziehen könnte. Über das Mobilitätsgesetz und wie es den Radverkehr in Berlin stärken kann, sprechen wir mit dem Verkehrspolitischen Sprecher der Berliner CDU, Johannes Kraft.

Datum: 30.06.2023	Medium: rbb24
	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft

Wieder Autos auf der Friedrichstraße

Fr 30.06.2023 | 19:30 | rbb24 Abendschau

Ab Samstag dürfen Autos wieder auf der Friedrichstraße fahren – die knapp 500 Meter, die für den Autoverkehr gesperrt waren, werden auf Wunsch der neuen schwarz-roten Regierung wieder freigegeben. Wie kommt die Entscheidung vor Ort an?

Den Beitrag können Sie [hier](#) sehen.

Datum: 01.07.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft

Neue Betreuung für fünf Parks

PANKOW: Mehrsprachige Teams sollen Besucher für mehr Miteinander sensibilisieren

von Bernd Wähler

Für fünf große Grünanlagen hat das Bezirksamt für die Saison 2023 eine neue Parkbetreuung eingesetzt.

Nach einer Neuausschreibung der Parkbetreuung sind ab sofort Mitarbeiter von Think-SI³ auf Kontrollgängen unterwegs – im Park am Weißen See, im Bürgerpark und im Schlosspark Schönhausen sowie ab dem 1. Juli auch im Mauerpark und rund um den Falkplatz. Das Team um Parkmanagerin Wiktorija Tundis wird zunächst für zwei bis drei Wochen in jedem der Parks die Situation für ein „individuelles Einsatzkonzept“ analysieren. Dieses

wird dann noch vor den Sommerferien mit Verantwortlichen von Polizei und Ordnungsamt abgestimmt.

„Wir wollen ganz gezielt unsere Parkregeln sowie deren Sinn vermitteln und die Akzeptanz erhöhen, um für mehr Umweltbewusstsein und Rücksicht auf Stadtnatur und die Parks zu werben“, betont Manuela Anders-Granitzki (CDU), Stadträtin für Ordnung und Öffentlicher Raum. „Mit Aktionen und festen Sprechstunden vor Ort wird die Parkbetreuung aufgeklärt und zugleich als Ansprechpartner bei Problemen da sein“, so die Stadträtin weiter. Die neuen Parkbetreuer sollen dafür sor-

gen, dass die Parkbesuche ein angenehmes und entspanntes Erlebnis für alle sind. Schwerpunktthemen der Parkbetreuung werden unter anderem Müllbeseitigung, Musiklärm, Leinenpflicht für Hunde, Radfahrverbot in Grünanlagen sowie Bade- und Grillverbot sein. All diese Themen führten bisher zu Problemen in den betreffenden Parks.

Zudem soll über anstehende Veranstaltungen und Baumaßnahmen in den Grünanlagen informiert werden. Die aktuelle Einsatzzeit der Parkbetreuer ist für den Zeitraum von 12 Uhr bis 20.30 Uhr vereinbart, wird vermutlich aber künftig noch ausgedehnt werden. Die

Parkbetreuer-Teams agieren mehrsprachig und informieren sowohl die Parkgäste als auch die Nachbarschaft über Aktuelles in den jeweiligen Grünanlagen. Formate und Kanäle werden derzeit noch erörtert. Möglich sind Infotafeln, Plakate, Flyer, ein Briefkasten vor Ort, Webseite und auch Social Media.

Kontakt zur neuen Parkbetreuung im Bezirk Pankow erhalten Interessierte über die Parkmanagerin Wiktorija Tundis unter der ☎ 0176/630 464 21 sowie über den E-Mail-Kontakt wiktorija@think-sihoch3.com. Näheres zum Parkmanagement Think-SI³ ist zu erfahren auf think-sihoch3.com.

Datum: 01.07.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft

Diskussion zum Energiegesetz

KAROW. Der CDU-Abgeordnete Johannes Kraft lädt zu einer Diskussionsveranstaltung zum Gebäudeenergiegesetz ein. Es geht um Folgen und Kosten des geplanten Einbauverbots von Öl- und Gasheizungen. Die Veranstaltung findet am 5. Juli um 19 Uhr im Gemeindefhof Karow der Berliner Stadtmission, Alt-Karow 8, statt. Teilnehmern werden der Bundestagsabgeordnete und CDU-Energieexperte Dr. Klaus Wiener, Dr. Thomas Engelke vom Bundesverband der Verbraucherzentrale sowie Bert Leuendorff, Geschäftsführer der Leuendorff Gebäudetechnik, Energie- und Mineralölhandel GmbH. Um Anmeldung an kraft@johannes-kraft.de wird gebeten. **my**

Datum: 01.07.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Jörn Pasternack

Mehr Platz zum Lernen

PANKOW: 60 weitere Schulplätze durch Neubau an der Panke-Schule geschaffen

von Bernd Wähler

Der Neubau der Panke-Schule an der Galenusstraße 64 ist offiziell eröffnet.

Den symbolischen Schlüssel für den Neubau überreichten der Staatssekretär für Schulbau und Schuldigitalisierung, Torsten Kühne (CDU), der Staatssekretär für Bauen, Alexander Sloty (SPD), und Pankows Schulstadtrat Jörn Pasternack (CDU) an Schulleiter Gert Endesfelder.

Der Bau des neuen dreigeschossigen Schulgebäudes begann im Frühjahr 2021. Es bietet 152 Schülern mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ Platz. Nach Fertigstellung des Schulhauses soll nun in einem weiteren Bauabschnitt auf einem benachbarten Grundstück an der Klausaler Straße noch eine Sporthalle für die Panke-Schule errichtet werden. Die Halle wird voraussichtlich 2024 fertig.

liegenden Straßenseite, den Neubau der Schule und den Bau der künftigen Sporthalle betragen voraussichtlich rund 47 Millionen Euro.

„Mehr als 60 neue Schulplätze haben wir mit diesem Ersatzneubau der Panke-Schule geschaffen“, informiert Torsten Kühne. „Das Schulgebäude bietet den Schülern sowie dem pädagogischen Personal eine hochwertige Ausstattung, unter anderem auch Räumlichkeiten für Physio- und Ergotherapie sowie Logopädie. Die Unterrichtsräume bieten zudem vielfältige Möglichkeiten für das Erlernen praktischer Fähigkeiten. Sowohl das Schulgebäude als auch die Außenflächen sind barrierefrei zugänglich – alles im Sinne der Schulgemeinschaft.“

„Die große Schulplatznot in Pankow betrifft alle Schulformen. Insbesondere der Bedarf an sonderpädagogischen Schulplätzen steigt seit Jahren überproportional an“, weiß


Das neue Schulgebäude beherbergt als Besonderheit einen Therapiebereich inklusive Schwimmbecken, einen großen Aufenthaltsraum für die Beschäftigten der Schule und geschützte Hofbereiche für die Schüler. Die Gesamtkosten für den Abriss der alten Schulgebäude auf der gegenüber-

überproportional an“, weiß Schulstadtrat Jörn Pasternack. „Aus diesem Grund ist es für Pankow enorm wichtig, dass durch diesen Neubau 60 neue Schulplätze im sonderpädagogischen Bereich geschaffen werden konnten.“

Nähere Informationen zur Panke-Schule finden sich auf www.panke-schule.de.



Das neue Schulhaus für die Panke-Schule ist jetzt offiziell der Schulgemeinschaft übergeben worden. Foto: Bezirksamt Pankow/Tobias Schietzelt

Datum: 02.07.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner  Morgenpost	Autor: Joachim Fahrun Thema: Dirk Stettner

„Wir sind nicht gewählt worden, um Radwege abzubauen“

M+

Aktualisiert: 02.07.2023, 07:00 | Lesedauer: 9 Minuten

Joachim Fahrun



Dirk Stettner, CDU-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus.


Foto: Maurizio Gambarini / FUNKE Foto Services

Der Planungsstopp für Radwege sorgt für Aufsehen. Berlins CDU-Fraktionschef Dirk Stettner verspricht zeitnah erste Prüfergebnisse.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

[https://www.morgenpost.de/berlin/article238833739/Wir-sind-nicht-gewaehlt-
worden-um-Radwege-abzubauen.html](https://www.morgenpost.de/berlin/article238833739/Wir-sind-nicht-gewaehlt-
worden-um-Radwege-abzubauen.html)

atum: 04.07.2023	Medium: rbb24
	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft

Berliner Haushaltspläne Kritik an möglichen Kürzungen beim Radverkehr - auch von SPD

In Berlin wird weiter über die Verkehrspolitik des Senats gestritten. Die mitregierende SPD will keine Kürzungen bei Radprojekten mitmachen. Ein Verband spricht von bewusster Politik gegen Radfahrer.

Die Überlegungen im Senat, [künftig weniger Geld für den Radwegeausbau ausgeben](#) zu wollen, stoßen im Berliner Abgeordnetenhaus und bei Verbänden auf deutliche Kritik. Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) sieht die Gefahr, dass "bewusst Politik gegen Radfahrer" gemacht werde. Die Grünen zeigen sich irritiert und die SPD will keine Kürzungen hinnehmen. Die CDU relativierte die Haushaltsplanung.



"Wird es mit der SPD nicht geben"

Die mitregierende SPD geht deutlich auf Distanz zu den Überlegungen des Senats. Ihr verkehrspolitischer Sprecher Tino Schopf sagte zu möglichen Streichungen: "Das wird es mit der SPD nicht geben." Die schwarz-rote Koalition habe mehr und sichere Radwege verabredet. "Dieses Ziel erreichen wir mit Sicherheit nicht, wenn wir jetzt mit einem spitzen Bleistift Finanzmittel für den Radverkehr minimieren."

Grüne: Ohne Stopp wären in diesem Jahr 50 km Radwege entstanden

Die radverkehrspolitische Sprecherin der Grünen, Oda Hassepaß, gab zu, dass die Grünen in ihrer Regierungszeit nicht alle selbst gesteckten Ziele erreicht, aber vieles angeschoben hätten. Wenn jetzt alles blockiert werde, sei der "Schwung einfach weg", warnte sie. Nach dem Radwege-Stopp solle nun auch der Geldhahn abgedreht werden. "Alleine in 2023 - wenn diese Projekte nicht gestoppt worden wären - wären 50 weitere Kilometer sichere Radwege auf den Weg gebracht worden. Es läuft jetzt gut an. Jetzt könnte man wirklich ins Machen kommen", so die Abgeordnete.

Ähnlich bewertet auch der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club die Situation. Der ADFC sieht einen "Doppelschlag" aus Radwegestopp und einer Halbierung von Haushaltsmitteln. "Wir befürchten, dass das eine mutwillige Verhinderung ist, den Verkehr in Berlin endlich auch nur annähernd sicher und fair für alle zu gestalten", sagt ADFC-Sprecher Karl Grünberg. Sein Verband frage sich inzwischen, ob es dem Senat um "bewusste Politik gegen Radfahrer" gehe. Der Automobilverband ADAC wollte sich zu möglichen Kürzungen beim Radverkehr nicht äußern.

CDU: Spielraum für weitere Ausgaben möglich

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, **Johannes Kraft**, relativierte derweil die Befürchtungen. Noch sei man in einer frühen Phase der Haushaltsberatungen, in der es normal sei, dass ein Finanzsenator in einer schwierigen Haushaltslage nach Einsparmöglichkeiten suche. "Wenn man sich mal anschaut, was die Diskussionsgrundlage ist, dann reden wir immer noch darüber, dass im Doppelhaushalt 2024/25 noch deutlich mehr Geld eingestellt wurde als 2022 abgeflossen ist und verbraucht wurde." Es mache wenig Sinn, hohe Beträge in den Haushalt zu schreiben, die am Ende nicht ausgegeben werden, so **Kraft**.

2022 konnten viele Mittel allerdings nicht ausgegeben werden, weil Berlin in der vorläufigen Haushaltswirtschaft war. Das führte zu einer Haushaltssperre in der ersten Jahreshälfte. Kraft deutete an, dass es durch [das geplante Fünf-Milliarden-Euro umfassende Sondervermögen für Klimaschutz](#) noch finanzielle Spielräume geben könnte. "Der Verkehrssektor, der in erheblichem Umfang zum CO₂-Ausstoß beiträgt, wird natürlich auch aus diesem Sondervermögen profitieren können."

Kraft zeigte sich zuversichtlich, dass der neue Senat deutlich mehr in die Radinfrastruktur investieren werde, dort wo es "sinnvoll und notwendig" ist, so Kraft gegenüber dem rbb.

Sendung: rbb24 Inforadio, 04.07.2023, 14:13 Uhr

Der Beitrag ist [hier](#) einsehbar.

Datum: 03.07.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Denise Bittner

Zu laut: Jetzt nimmt Pankow Spätis die Stühle weg **M+**



03.07.2023, 14:08 | Lesedauer: 6 Minuten

Thomas Schubert



Spätkauf-Partys gelten manchen als Zeichen für die Lässigkeit des Berliner Nachtlebens. Doch in Pankow darf man sich nicht mehr niederlassen.

Foto: Maurizio Gambarini / FUNKE FotoServices

Sitzecken vor Spätis gestrichen. Neue Regeln begünstigen Fleischer und Feinkostläden – ein Zugeständnis an bestimmte Nachbarn.

Ein Gastronom verkauft Bier und ist für die Einhaltung der Regeln in seinem Bereich zuständig. Aber bei einem Späti gibt es keine Haftung mehr für Lärm-Probleme, nachdem er das Bier verkauft“, betont Bittner

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article238849595/spaeti-pankow-laerm-berlin.html>

Datum: 04.07.2023	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Latz Thema: Johannes Kraft, Dr. Manja Schreiner

Bis zu 60 Prozent weniger Geld: Berliner Senat will Mittel für Radwegebau massiv kürzen

Die Finanzverwaltung will die Haushaltsmittel für den Bau neuer Radwege deutlich reduzieren. Planer befürchten Folgen für laufende Projekte. Doch auch die Verkehrsverwaltung sieht Sparpotenzial.

Von [Christian Latz](#)

04.07.2023, 12:07 Uhr

Der Berliner Senat erwägt offenbar, die Mittel für den Radwegebau in der Hauptstadt deutlich zu kürzen. Darauf deuten Pläne der Senatsfinanzverwaltung für den Doppelhaushalt 2024/25 hin, die dem Tagesspiegel vorliegen. Demnach könnten die Investitionen in die Radwege je nach Art der Projekte und Jahr zwischen 40 und 60 Prozent gegenüber der Haushaltsanmeldungen gekappt werden. Zunächst hatte darüber der „[RBB](#)“ berichtet.

In der kommenden Woche will der Senat seinen Haushaltsentwurf für die Jahre 2024 und 2025 vorlegen. Derzeit laufen dazu die Gespräche zwischen der dem Haus von Finanzsenator Stefan Evers (CDU) und den anderen Senatsverwaltungen.

Angesichts der schwierigen Finanzlage und den zusätzlichen Vorhaben der neuen schwarz-roten Koalition könnte dabei bei einigen bisherigen Planungen der Rotstift angesetzt werden. So offenbar auch bei den zuletzt üppig angesetzten Mitteln für den Radwegebau.

Mittel für den Radwegebau könnten deutlich reduziert werden

Für kleinere Maßnahmen oder Sanierungen bestehender Radwege etwa veranschlagt die Finanzverwaltung im kommenden Jahr nur noch neun statt der von der Verkehrsverwaltung angemeldeten 15 Millionen Euro. 2025 sollen dann statt 22 Millionen Euro ebenfalls nur neun Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Allerdings wären laut der Antwort der Fachleute aus der Verkehrsverwaltung allein 9,5 beziehungsweise zehn Millionen Euro „zwingend erforderlich“, um nur die bereits bewilligten Maßnahmen fortführen zu können. Das geht aus den Dokumenten hervor.

Ähnlich sieht es bei den größeren Baumaßnahmen von Radwegen aus. Auch dort fallen die geplanten Einschnitte deutlich aus. Hier will die Finanzverwaltung die Gelder 2024 von zwölf auf nur noch 6,5 Millionen Euro reduzieren. Im Jahr 2025 sind statt 16 Millionen Euro in den Kalkulationen der Finanzverwaltung lediglich sieben Millionen Euro vorgesehen. Schon für die laufenden Projekte wären jedoch auch hier in den kommenden Jahren elf und zehn Millionen Euro nötig, schreiben die Fachleute.

Koalitionspolitiker sehen Mittel für den Radwegebau „stark aufgebläht“

Während der Haushaltsverhandlungen ist es nicht ungewöhnlich, dass die Forderungen der einzelnen Häuser und das, was die Finanzverwaltung ihnen zugestehen will, teils deutlich auseinander gehen. Die Fachverwaltungen versuchen, möglichst viele Mittel für ihre eigenen Ressorts zu sichern. Die Financer argumentieren hingegen, dass diese häufig gar nicht ausgegeben werden.

Die Grünen hätten den Ressorthaushalt der von ihnen verantworteten Verkehrsverwaltung in den vergangenen Jahren „stark aufgebläht“, ohne die Mittel auch zu nutzen, heißt aus der schwarz-roten Koalition. Dass angesichts der angespannten Haushaltslage nun auch dort nach Möglichkeiten gesucht werde, Gelder einzusparen, sei „ein ganz normaler Vorgang“, heißt es. Tatsächlich blieb in den vergangenen Jahren viel Geld liegen. Seit 2018 nutzte die Verkehrsverwaltung meist nur etwa die Hälfte bis zwei Drittel der bereitgestellten Mittel, zeigen die Auswertungen.

Für 2024 und 2025 sind für Radwege deutlich mehr Mittel eingestellt, als 2022 ausgegeben wurden.

Johannes Kraft, CDU-Verkehrspolitiker

„Für 2024 und 2025 sind für Radwege deutlich mehr Mittel eingestellt, als 2022 ausgegeben wurden“, sagte **Johannes Kraft**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Faktisch gebe es deshalb keine Kürzungen. **Kraft** verwies zudem auf das geplante [Sondervermögen für den Klimaschutz](#). „Auch dort werden wahrscheinlich im größeren Umfang Mittel eingeplant für die Verkehrswende. Ich bin daher guter Hoffnung, dass uns das, was wir versprochen haben, nämlich mehr Radwege zu bauen, auch gelingt.“

Im vergangenen Jahr etwa wurden in Berlin statt der geplanten 40 [nur 26,5 Kilometer neue Radwege gebaut](#). Entsprechend wurde auch deutlich weniger Geld ausgegeben. Allerdings bestand 2022 wegen der vorläufigen Haushaltswirtschaft im Zuge der Regierungsbildung bis Mitte des Jahres de facto eine Haushaltssperre.

Auch die Verkehrsverwaltung sieht Sparpotenzial bei neuen Radwegen

Planungen und Bauarbeiten für neue Radwege konnten solange nicht an Firmen vergeben werden. Zudem betonen die Fachleute aus der Verkehrsverwaltung, dass es mittlerweile mehr Planer in den Bezirken gebe, die zusätzliche Radwege planen könnten.

Wenn wir schneller und mehr bauen wollen, sollten wir jetzt nicht anfangen, Finanzmittel zu streichen. Das funktioniert einfach nicht

Tino Schopf, SPD-Verkehrspolitiker

Allerdings sieht offenbar auch die Fachabteilung in der Verkehrsverwaltung Möglichkeiten, die Mittel zu kürzen. Für Sanierung und Umsetzung einfacher Maßnahmen empfiehlt das Haus von Verkehrssenatorin **Manja Schreiner** (CDU), statt der ursprünglich vorgesehenen 15 und 22 Millionen Euro in den kommenden beiden Jahren stattdessen nur 12 und 15 Millionen Euro zu veranschlagen.


Die möglichen Kürzungen der Radwegmittel fallen mitten in die seit Wochen andauernde Diskussion um die [Zukunft des Radwegeausbaus in Berlin](#). Ausgelöst wurde dies durch die Ankündigung von Verkehrssenatorin **Schreiner**, die bestehenden Radwegprojekte temporär zu pausieren und gegebenenfalls zu überarbeiten und auch aufgrund der Haushaltslage zu priorisieren.

Mehr zum Radwegebau in Berlin

Dies deutete bereits darauf hin, dass auch die Verkehrssenatorin in den kommenden Jahren mit weniger Geld für den Ausbau der Radwege geplant haben könnte. Auf Anfrage wollte sich die Verkehrsverwaltung nicht zu den Plänen äußern. „Der Senat wird den Entwurf des Doppelhaushalts 2024/25 erst in der nächsten Woche beschließen. Vorab können wir keine Fragen zu Ansätzen beantworten“, teilte eine Sprecherin mit.

Tino Schopf, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sieht die Planungen kritisch: „Wenn wir schneller und mehr bauen wollen, sollten wir jetzt nicht anfangen, Finanzmittel zu streichen. Das funktioniert einfach nicht“, sagte er.

Grüne-Fraktionschef Werner Graf kritisierte die Pläne scharf. „Mit schönredenden Worten mag Frau Schreiner noch Politik mit dem Auto machen wollen, in ihren Taten zeigt sich, dass sie einseitig Politik für das Auto macht.“ Graf forderte die SPD auf, die „Kürzungsorgie“ zu stoppen.

Datum: 05.07.2023	Medium: Radio Eins
	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft

Bis zu 60 Prozent weniger Geld Streit um Radwege in Berlin - CDU-Verkehrsexperte Kraft relativiert Befürchtungen

Mi 05.07.23 | 07:38 Uh

Erst wurden Radweg-Projekte in Berlin vorerst auf Eis gelegt - jetzt möchte die CDU-geführte Verkehrsverwaltung offenbar auch die entsprechenden Mittel für den Radwegeausbau deutlich herunterfahren. Die Überlegungen stoßen auf Kritik. CDU-Verkehrsexperte **Johannes Kraft** warnt dagegen vor übertriebenen Befürchtungen. Man sei erst in einer frühen Phase der Haushaltsberatungen. Wir sprechen mit ihm darüber.


Von einem "Doppelschlag" spricht der Fahrradlobbyverband ADFC. Nach der Ankündigung von Berlins CDU-Verkehrssenatorin Schreiner, alle Radverkehrsprojekte in der Stadt auf den Prüfstand zu stellen, auch bereits finanzierte, erwägt der neue Senat nun offenbar, die Haushaltsmittel für den Radwegeausbau drastisch zu kürzen. Die Opposition reagiert alarmiert. Die radverkehrspolitische Sprecherin der Grünen, Hassepaß, sagte:

"Alleine in '23, wenn jetzt diese Projekte nicht gestoppt werden würden, wären 50 weitere Kilometer sichere Radwege auf den Weg gebracht worden. Es läuft jetzt gut an, jetzt könnte man wirklich ins Machen kommen."

Auch die mitregierende SPD geht auf Distanz zu den Überlegungen. Ihr verkehrspolitischer Sprecher Schopf sagte, Streichungen werde es mit seiner Partei nicht geben.

Der Beitrag ist noch bis zum 05.07.2024 verfügbar.
imago images/Steinach

Den Beitrag können Sie [hier](#) hören.

Datum: 05.07.2023	Medium: rbb Abendschau
	Autor: Iris Völlnagel Thema: Johannes Kraft

Mitte Bauarbeiten für Covivio-Hochhaus am Alexanderplatz gehen weiter

Mi 05.07.2023 | 19:30 | rbb24 Abendschau

Durch die Arbeiten des Hochhausbauherrn Covivio am Alexanderplatz [war der 100 Jahre alte U-Bahnhof um fast vier Zentimeter abgesackt](#). Die U2 ist seitdem in Richtung Pankow gesperrt, sehr zum Leid vieler Pendler. Während [die U-Bahn weiterhin nur eingleisig fahren kann](#), rollen auf der Covivio-Baustelle wieder die Bagger.

Beitrag können Sie [hier](#) sehen.

Datum: 06.07.2023	Medium: Tagesspiegel Newsletter
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Latz Thema: Johannes Kraft, Dr. Manja Schreiner, Manuela Anders-Granitzki

Der Radweg an der Schönhauser Allee [soll nach den bestehenden Plänen gebaut werden](#). Das hat die Senatsverkehrsverwaltung in Absprache mit dem Bezirksamt Pankow bestätigt, schreibt meine Kollegin **Anja Neu**.

Demnach seien die Planungen derart weit fortgeschritten und externe Firmen bereits beauftragt, sodass die Senatsverwaltung die Baumaßnahmen als vorübergehende Lösung weiter umsetzen will. Das solle auch die Verkehrssicherheit erhöhen.

Die Schönhauser Allee erhalte „eine sichere Radverkehrsanlage. Auch der Wirtschaftsverkehr profitiert von dieser Maßnahme, da Liefer-, Ver- und Entsorgungsfahrzeuge noch mehr eigene Lieferzonen erhalten“, sagte **Verkehrssenatorin Manja Schreiner (CDU)**.

Manuela Anders-Granitzki (CDU), Bezirksstadträtin in Pankow, betonte, der **Neubau der Radwege** sei für den Bezirk „ein wichtiges Verkehrsprojekt, dem eine langjährige Planung zugrunde liegt.“ Nun sei zu untersuchen, „wie gut sich die neuen Radwege einfügen und welche baulichen Überarbeitungen und Verbesserungen möglicherweise zukünftig möglich werden.“

Für eine dauerhafte Lösung will die Verkehrsverwaltung die gesamte Straße mit ihrem Verkehrsraum und den Kreuzungsbereichen untersuchen. Dann soll „der Querschnitt der Straße durch eine bauliche Lösung neu aufgeteilt werden“, heißt es in der Mitteilung. Untersucht werden soll auch, ob der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) auf der Schönhauser Allee in Zukunft weiter beschleunigt und bevorrechtigt werden soll.

Zuvor hatte die Senatsverkehrsverwaltung bereits insgesamt elf in Planung befindliche Radwegprojekte in Nebenstraßen **[nach der Überprüfung wieder freigegeben](#)**, schreibt mein Kollege **Christian Latz**. Darunter sind folgende Strecken in Pankow:

- Neumannstraße – Wisbyer Straße – Binzstraße
- Behmstraße – Behmstraßenbrücke – Malmöer Straße
- Bahnhofstraße – Parkstraße – Weg am Fließgraben

Dagegen stoppt die Senatsverkehrsverwaltung nach einer ersten Überprüfung [den Bau von fünf Radwegprojekten an Hauptstraßen in anderen Bezirken](#). Betroffen von der Maßnahme sind die Sonnenallee und die Stubenrauchstraße in Neukölln, der Straßenzug der Siegfried-, Bornitz- und Rüdigerstraße in Lichtenberg, der Radweg entlang der Berliner Straße und Grunewaldstraße zwischen Blissestraße und Bamberger Straße in Tempelhof-Schöneberg und Charlottenburg-Wilmersdorf sowie entlang der Hauptstraße, Dominicusstraße und am Kleistpark, ebenfalls in Tempelhof-Schöneberg

Auch "Kiezblocks" gefährdet? SPD fürchtet "Sabotage" durch Verkehrssenatorin. Streicht die CDU nach den Radwegen auch die Finanzierung für „Kiezblocks“? Diese Frage stellte sich der SPD-Verordnete **Mike Szidat** und konfrontierte das Bezirksamt damit. Nicht ganz ohne Anlass: Schließlich ist es das Wesensmerkmal von „Kiezblocks“, das Autofahren durch Wohnviertel zu erschweren. Zudem werden dabei gern noch neue Fahrradstraßen angelegt – [wie im Beispiel des Komponistenviertels in Weißensee auf der Bizetstraße](#).

Auch im Winsviertel in Prenzlauer Berg wünschen sich Anwohner eine Verkehrsberuhigung per Kiezblock. Zunächst will das Bezirksamt jedoch eine Verkehrsberuhigung im Viertel um den Arnimplatz einrichten. Steht das Projekt nun auf der Kippe? „Kiezblocks sind nach derzeitigem Kenntnisstand des Bezirksamtes nicht von der temporären Außerkraftsetzung der Mittelzusagen und der Priorisierung und Überprüfung durch die SenMVKU betroffen“, teilte die zuständige CDU-Stadträtin **Manuela Anders-Granitzki** dazu mit.

Eine klare Zusage für die Umsetzung der bereits fortgeschrittenen Planungen ist das aber nicht. Anders-Granitzki machte den Grund dafür deutlich: Eine „wesentliche Voraussetzung“ für die Einrichtung von Fahrradstraßen und Kiezblocks sei eine

Finanzierungszusage der Senatsverkehrsverwaltung, „da dem Bezirksamt keine eigenen Mittel für diese Maßnahmen zur Verfügung stehen“.

Das Bezirksamt werde zwar entsprechende Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) „auch weiterhin prüfen“, so Anders-Granitzki. „Sofern den Beschlüssen nichts entgegensteht und die Finanzierung gesichert ist, werden auch weiterhin Fahrradstraßen und Kiezblocks geplant und umgesetzt.“ Anders ausgedrückt: Damit sind nun prinzipiell alle Kiezblocks in Pankow vom Daumen der Berliner Verkehrssenatorin **Manja Schreiner** (CDU) abhängig.

Das sieht auch Szidat kritisch. „Die Antworten des Bezirksamts sind sehr ernüchternd“, sagt er. Mit der „rechtswidrigen Aussetzung“ der Mittelzusagen „greift die Verkehrssenatorin unzulässig in die Belange des Bezirks ein“. Der Senatsverwaltung sei „natürlich bekannt, dass die Einrichtung von Kiezblocks und Fahrradstraßen allein in der Zuständigkeit der Bezirke liegt“, so Szidat.

Doch diese klare Aufgabentrennung „wird einfach umgangen, indem ohne Unterschied der Geldhahn für alle Radverkehrsmaßnahmen zugekehrt wird“. Selbst das Aufstellen einfacher Fahrradbügel sei derzeit in Pankow nicht mehr möglich. Damit werde „bewusst die Arbeit der BVV der vergangenen Jahre und das Engagement unzähliger Pankower zur Verbesserung der Mobilität und damit auch ihrer Lebensverhältnisse im Bezirk sabotiert“.

Sitzbänke und Ladezonen: Bezirksamt soll Wilhelmsruher Ortskern aufwerten. Wilhelmsruh soll schöner werden. Rund um den Wilhelmsruher Schmuckplatz und auf der Hauptstraße zwischen Schillerstraße und Garibaldistraße soll die Aufenthaltsqualität erhöht werden, um „damit eine positive Entwicklung des Areals zu fördern“. Das beschloss die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und ersuchte das Bezirksamt, gemeinsam mit den Gewerbetreibenden und den Anwohnern ein entsprechendes Konzept zu entwickeln.

Der Beschluss geht auf einen Vorstoß der CDU zurück. Sie bemängelte die geringe Aufenthaltsqualität im Ortskern Wilhelmsruhs. Zudem sei die Anlieferung für die örtlichen

Geschäfte aufgrund fehlender Ladezonen schwierig. Kunden der Läden auf der Hauptstraße könnten diese „oft nur zu Fuß erreichen und werden dadurch von größeren Einkäufen abgehalten“. Eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität sei „dringend notwendig, um den Wilhelmsruhern und Pankower Bürgern den Einkauf und das Flanieren zu vereinfachen“.

Dazu sollen Sitzbänke aufgestellt sowie Gastronomie und Nahversorgern die Mitnutzung des Bürgersteigs vereinfacht werden, fordert die CDU. Zudem solle der Wochenmarkt mehr Fläche zur Verfügung gestellt bekommen, um so die Nahversorgung zu fördern. Weiterhin werden Ladezonen und temporäre Parkverbote tagsüber angeregt, um etwa 30 Minuten kostenlos in den angrenzenden Seitenstraßen parken zu können.

Sitz-Verbot für Spätis? Scharfe Kritik an neuem Bezirksplan. Spät-Verkaufsstellen mit Stühlen und Klappbänken auf dem Gehweg gehören zu Pankows Kultur. Das sehen jedenfalls die Jusos Pankow so – und wollen diese Kultur vor dem Aussterben retten. „Wir stellen uns mit aller Deutlichkeit gegen die Pläne der Ordnungsstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** der CDU, die Sitzplätze vor Spätis in Pankow verbieten zu wollen“, teilen die Vorsitzenden **Anne Meier** und **Paul Krüger** mit. „Die Späti-Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil des Berliner Lebens und des sozialen Zusammenhaltes der Stadt.“

Diese ist nun bedroht. Das Straßen- und Grünflächenamt (SGA) von Anders-Granitzki will die verkappten Outdoor-Kneipen auf ihre Verkaufsfunktion reduzieren und das gemeinsame Abhängen draußen unterbinden. Die Stadträtin berichtete im BVV-Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung in der vergangenen Woche von dem Plan, die Sitzmöglichkeiten vor den sogenannten Spätis auf den Bürgersteigen zu verbieten. Dies legte sie im Konzept „Genehmigung von Straßensondernutzungen“ dar.

„**Das SGA erarbeitet zurzeit ein Konzept** für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Sondernutzung von Gehwegen“, bestätigt Anders-Granitzki auf Nachfrage. Darin sollen etwa allgemeine Regeln für die Außengastronomie festgelegt werden. „Ein entsprechendes Konzept existierte bisher in Pankow noch nicht und wir

haben die veränderten Vorgaben des Mobilitätsgesetzes zum Anlass genommen, ein solches zu erstellen.“

Im Berliner Mobilitätsgesetz werden ausreichend breite Gehwege ohne Hindernisse gefordert – diese sind gerade im urbanen Pankow, etwa in Prenzlauer Berg, vielerorts nicht gegeben. Stattdessen verengen Außengastronomie sowie abgestellte Fahrräder und Motorräder die Gehbahnen. Dabei kommt es mitunter zu regelrechten Ballungen von Mieträdern und -rollern sowie Fahrzeugen von Lieferdiensten, die den Fußgängern das Leben erschweren.

Das Aufstellen von Stühlen, Tischen und Bänken stellt in jedem Fall eine Sondernutzung des öffentlichen Raums dar. Dabei sind die sogenannten Spätis keine gastronomischen Einrichtungen mit „Schankvorgärten“, sondern firmieren als reguläre Geschäfte. Sie dürfen auch keine geöffneten Getränke oder Speisen anbieten – deswegen liegen bei den meisten Spätis Flaschenöffner zur Selbstbedienung auf den Verkaufstresen.

De facto haben sich viele Spätis aber zu kneipenähnlichen Treffs unter freiem Himmel entwickelt, mit mehr oder weniger offiziellen Sitzgelegenheiten davor. Das zieht auch Probleme nach sich: Weil Spätis gerade am Wochenende häufig bis in den frühen Morgen geöffnet haben, leiden Anwohner bisweilen unter dem Lärm der Feierfreudigen. Außerdem haben die Geschäfte in der Regel keine Toiletten, was die oft alkoholisierten Gäste zum Wildpinkeln in der Nachbarschaft verleitet.

Nachdem das Ordnungsamt bereits das jahrelang umgangene Sonntags-Öffnungsverbot durchgesetzt hat, könnten nun auch die Sitz-Spätis bald der Vergangenheit angehören. Im Zuge der Konzept-Erstellung für die Gehweg-Sondernutzung „werden auch die für Lebensmittel- und/oder Getränke Einzelhandelsgeschäfte (oftmals als Spät-Verkaufsstellen oder „Späti“ bezeichnet) bislang angewandten Regelungen überprüft“, so **Anders-Granitzki**.

Doch dagegen regt sich Widerstand. „Spätis sind ein Ort zum Zusammenkommen und Austauschen“, kritisieren die Pankower Jusos. Dort würden sich „Personen aus verschiedensten Berufen, mit unterschiedlichen Lebensentwürfen und aus allen Ecken

Pankows“ treffen. Besonders für Geringverdiener und junge Menschen „sind Spätis ein Ort zum Verweilen“. Es müssten Lösungen gemeinsam mit der Anwohnerschaft gefunden werden: „Ein Verbot lehnen wir jedoch in jeglicher Form ab“, so die Jusos. „Spätis sind für uns ein wichtiger Bestandteil für eine lebenswerte Stadt, die offen für alle Menschen ist.“

Die Stadträtin reagierte auf die Kritik schmallippig. Das Konzept sei „noch nicht final abgestimmt“, teilte sie mit: „Die abschließende Ausgestaltung des neuen Sondernutzungskonzepts für den Bezirk Pankow bleibt dem Bezirksamt vorbehalten.“ Ob es hier noch Änderungen geben könnte und die Sitze stehen bleiben dürfen, ließ sie offen.
– Foto: Imago/imagebroker

Datum: 08.07.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Denise Bittner, Manuela Anders-Granitzki

von Bernd Wähler

Kommen sie noch oder kommen sie nicht mehr, die neuen Radwege in der Schönhauser Allee? In den vergangenen Wochen wurde darüber viel spekuliert. Doch nach Protesten und Demonstrationen gab die Senatsverkehrsverwaltung nun doch grünes Licht.

Nachdem die neue Verkehrs-senatorin Manja Schreiner (CDU) Anfang Juni in einem Brief die Bezirksämter darum bat, alle Fahrradprojekte zurückzustellen, mit deren Umsetzung eine Streichung von Parkplätzen verbunden wäre, betraf das auch die bereits durchgeplanten Radwege stadtein- und stadtauswärts auf der Schönhauser Allee. Aus der Verkehrsverwaltung heißt es zwar, die Projekte sollen geprüft werden. Aber wie das Ergebnis dieser Prüfung aussehen würde, war nicht abzusehen.

Im April 2022 präsentierten die damalige Verkehrssenatorin Bettina Jarasch (Bündnis 90/Die Grünen) und Pankows Stadträtin für Ordnung und Öffentlichen Raum, Manuela Anders-Granitzki (CDU), gemeinsam dieses Projekt am Cantian-Eck. Fußgänger und Radfahrer sollen mehr Platz

Schönhauser Allee: Radwege werden gebaut

PRENZLAUER BERG: Bauarbeiten sollen im August beginnen

bekommen, hieß es. Die neuen Radfahrstreifen sind auf einer Länge von rund 720 Metern und in einer Breite von jeweils 2,50 Metern zwischen Eberswalder/Danziger Straße und Gleimstraße/Stargarder Straße beidseitig auf der rechten Spur geplant. Dort parken bislang Autos. Mit Umsetzung dieses Vorhabens fallen insgesamt 150 Parkplätze ersatzlos weg. Für den Wirtschaftsverkehr werden elf Ladezonen eingerichtet.

Wegen der wegfallenden Parkplätze hatte es für Bezirkspolitiker und Radfahrer- sowie Umweltverbände den Anschein, als würde das von der Planung her weit vorangeschrittene Vorhaben nun komplett auf der Kippe stehen. Dabei waren bereits vom Träger des Projektes, der landeseigenen GB infraVelo GmbH, Firmen mit den Arbeiten beauftragt worden.

Die Reaktionen auf Schreiners Brief fielen unterschiedlich

aus. Die CDU-Fraktion in der Pankower BVV begrüßte den Entschluss der Verkehrssenatorin, die noch unter ihrer Vorgängerin Jarasch beschlossenen Radwegeplanungen auf den Prüfstand zu stellen. Die Vorsitzende der CDU-Fraktion, Denise Bittner, erklärte dazu: „Die Radwegeplanungen auf den Prüfstand zu stellen ist gut und richtig, denn zu oft priorisieren sie bislang einseitig das Rad und vernachlässigen dabei Fußgänger, Autos und den ÖPNV. Dazu müssen auch die Planungen für die Schönhauser Allee zählen, die von Anfang an ideologiegetriebene Prinzipienreiterei waren und billigend in Kauf nahmen, die verschiedenen Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen.“

Kritik daran, die Radwegeplanungen zu prüfen, kam von den Pankower Grünen: „Alle Radwegplanungen in Pankow zu überprüfen, ist eine massive Vergeudung von Steuergeldern. Jahrelange Planungen

werden einfach weggeschmissen, Fördergelder verfallen“, bemängelte Almuth Tharan, Mobilitätsexpertin und Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung. „Die Schönhauser Allee ist eine der Hauptverkehrsadern in Pankow, die täglich von zirka 20 000 Radfahrern genutzt wird.“ Das Radfahrverhalten auf der Schönhauser Allee sei genau untersucht worden, so Tharan weiter. Diese Straße ist die direkte Verbindung zwischen dem Pankower Norden und Berlin-Mitte und für viele Leute der Arbeitsweg. Deshalb müsse die Planung umgesetzt werden. Das forderten auch die Teilnehmer einer großen Fahrraddemonstration über die Schönhauser Allee.

Doch über zwei Wochen gab es zu den Radwegplanungen auf der Schönhauser Allee keine Stellungnahme aus der Senatsverkehrsverwaltung. Und Ordnungstadträtin Anders-Granitzki wies darauf hin, dass

nicht der Bezirk, sondern die GB infraVelo GmbH Projektträger ist. Und die konnte keine Auskunft geben, solange die Senatsverkehrsverwaltung kein grünes Licht gab.

Am 30. Juni sorgte Verkehrssenatorin Manja Schreiner dann mit einer Pressinformation für die erhoffte Klarheit. „Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt hält nach Abstimmung mit dem Bezirksamt Pankow daran fest, dass die Radwege in der Schönhauser Allee gebaut werden. Die Maßnahme wird auf Grundlage des fortgeschrittenen Planungsstands, der bereits erfolgten Beauftragung externer Firmen und zur Steigerung der Verkehrssicherheit als temporäre Lösung umgesetzt“, lässt sie mitteilen. Im August soll der Umbau beginnen.

Sie fügt aber hinzu: „Es folgt eine Gesamtbetrachtung der Straße über ihre ganze Länge. Dabei wird der Verkehrsraum inklusive der Kreuzungsbereiche großräumig betrachtet, damit der Querschnitt der Straße durch eine bauliche Lösung neu aufgeteilt werden kann. Dabei wird auch eine weitere Beschleunigung und Bevorrechtigung des ÖPNV auf dieser stark frequentierten Strecke untersucht.“

Datum: 08.07.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Jörn Pasternack

Verbesserte Lernbedingungen

PANKOW: 60 weitere Schulplätze durch Neubau an der Panke-Schule

von Bernd Wähler

Der Neubau der Panke-Schule an der Galenusstraße 64 ist offiziell eröffnet.

Den symbolischen Schlüssel für den Neubau an der Galenusstraße überreichten der Staatssekretär für Schulbau und Schuldigitalisierung, Torsten Kühne (CDU), der Staatssekretär für Bauen, Alexander Slotty (SPD), und Schulstadtrat Jörn Pasternack (CDU) an Schulleiter Gert Endesfelder.

Der Bau des neuen dreigeschossigen Schulgebäudes begann im Frühjahr 2021. Es bietet 152 Schülern mit dem sonderpädagogischen Förder-schwerpunkt „geistige Entwicklung“ Platz. Nach Fertigstellung des Schulhauses soll nun in einem weiteren Bauabschnitt auf einem benachbarten Grundstück an der Klausaler Straße noch eine Sporthalle für die Panke-Schule errichtet werden. Die Halle wird voraussichtlich 2024 fertig. Das neue Schulgebäude beherbergt als Besonderheit einen Therapiebereich inklusive Schwimmbecken, einen großen Aufenthaltsraum für die Beschäftigten der Schule und geschützte Hofbereiche für die Schüler. Die Gesamtkosten



Das neue Schulhaus für die Panke-Schule ist jetzt offiziell der Schulgemeinschaft übergeben worden. Foto: Bezirksamt Pankow/Tobias Schletzelt

für den Abriss der alten Schulgebäude auf der gegenüberliegenden Straßenseite, den Neubau der Schule und den Bau der künftigen Sporthalle betragen voraussichtlich rund 47 Millionen Euro.

„Mehr als 60 neue Schulplätze haben wir mit diesem Ersatzneubau der Panke-Schule geschaffen“, informiert Torsten Kühne. „Das Schulgebäude bietet den Schülern sowie dem pädagogischen Personal eine hochwertige Ausstattung, unter anderem auch Räumlichkeiten für Physio- und Ergotherapie sowie Logopädie. Die Unterrichtsräume bieten zudem vielfältige Möglichkeiten für das Erlernen prakti-

scher Fähigkeiten. Sowohl das Schulgebäude als auch die Außenflächen sind barrierefrei zugänglich – alles im Sinne der Schulgemeinschaft.“

„Die große Schulplatznot in Pankow betrifft alle Schulformen. Insbesondere der Bedarf an sonderpädagogischen Schulplätzen steigt seit Jahren überproportional an“, weiß Schulstadtrat Jörn Pasternack. „Aus diesem Grund ist es für Pankow enorm wichtig, dass durch diesen Neubau 60 neue Schulplätze im sonderpädagogischen Bereich geschaffen werden konnten.“

Nähere Informationen zur Panke-Schule finden sich auf www.panke-schule.de.

Datum: 08.07.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Dr. Manja Schreiner

Biene Ma(n)ja freut das Summen

BERLIN: Umweltsenatorin Manja Schreiner besucht den neuen Wildbienenlehrpfad am Spreebogen

von Dirk Jericho

Im Rahmen des Projekts „Mehr Bienen für Berlin – Berlin blüht auf“ haben Umweltsenatorin Manja Schreiner (CDU) und die Deutsche Wildtier Stiftung einen neuen Staudengarten für Wildbienen am Spreebogenpark eröffnet.

Weißer Mauerpfeffer, Lavendel, Katzenminze, Goldhaarsarter, Kleines Mädesüß und noch etwa 45 verschiedene Steppenpflanzen wachsen im neuen Staudengarten im Spreebogenpark. Das Steppenbeet ist eine Modellfläche der Deutschen Wildtier Stiftung. Hier fühlen sich Wildbienen unheimlich wohl. Der Schaugarten am Spreeufer unter der Kronprinzenbrücke mit Wildbienenhotel, Nistplätzen und Infotafeln ist das Vorzeigeprojekt der Deutschen Wildtier Stiftung. Über 80 000 Euro hat der Wildbienenlehrpfad gekostet, der erst in drei Jahren seine bunte Schönheit entfalten wird, wie die Gartenplanerin Luise Blank sagt. Noch sind die gepflanzten Stauden klein, aber Hummeln, Wildbienen und andere Insekten tummeln sich bereits freudig in den Beeten.



Umweltsenatorin Manja Schreiner (Bildmitte) und Umweltstadträtin des Bezirks Mitte, Almut Neumann, besichtigen künstliche Nistplätze im Staudengarten im Spreebogenpark. Foto: Dirk Jericho

„In Deutschland leben etwa 600 Wildbienenarten; in Berlin noch 320“, sagt Christian Schmid-Egger. Er leitet für die Wildtier Stiftung das Wildbienenprojekt. Die Bestäuber sind wichtig für die Vielfalt der Blütenpflanzen. Ohne wildbienenfreundliche Blühflächen sterben immer mehr Wildbienenarten aus. Das Steppenbeet im Regierungsviertel soll auch Lust darauf machen, zu Hause Grünflächen zu Wildbienenland umzugestalten.

Der Senat fördert die Deutsche Wildtier Stiftung seit 2018 mit jährlich etwa 500 000 Euro. Wie Umweltsenatorin Manja Schreiner (CDU) sagt, soll es dann in Berlin 100 Wildbienenflächen geben. Bisher wurden etwa 80 Blühflächen in allen Bezirken angelegt. Das Geld für das Programm „Aus grün wird bunt“ seien bis Ende 2025 mit rund 1,6 Millionen Euro gesichert, so die Senatorin. Klaus Hackländer, Vorstand der Deutschen Wildtier

Stiftung, will mehr „urbane Blühflächen als Lebensraum für bedrohte Wildbienenarten“. Doch „momentan finden wir in den öffentlichen Parks oft vertrocknete oder abgemähte Graslandschaften vor“, so der Wildtierbiologe. Den neuen Wildbienenpfad am Spreebogenpark nennt Klaus Hackländer einen „Meilenstein auf dem Weg hin zu einer wildbienenfreundlichen Stadt“. Er will mit aller Kraft verhindern, dass wir „nicht

Wohnungsbau auf Kosten des Lebensraums von Wildtieren in der Stadt machen“.

Mit den Senatsgeldern gestaltet die Stiftung nicht nur neue Blühflächen, sondern wirbt in Vorträgen, Beratungen und Führungen für mehr artenreiche Grünflächen. Auch die Gärtner in den Grünflächenämtern werden geschult. Unter dem Slogan „Aus grün wird bunt“ will man „erreichen, dass die Grünflächen in der Stadt weniger gemäht werden, um ihr natürliches Blütenpotenzial zu entfalten“, heißt es dazu aus der Umweltverwaltung.

Den neuen Staudengarten für Wildbienen im Spreebogenpark muss man auch nicht gießen. Hier gab es vor zehn Jahren schon einmal eine Wildbienenwiese, die dann völlig mit Unkräutern vergammelte. Für das Modellprojekt wurde jetzt der Boden ausgetauscht und das 350 Quadratmeter große Areal mit Kies für trockenheitsresistente Steppenpflanzen umgestaltet. „Das entlastet auch unsere Gärtner“, sagte die für Grünflächen zuständige Stadträtin Almut Neumann (Grüne) aus Mitte bei der Einweihung des Wildbienenlehrpfades.

Datum: 08.07.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

Zu wenig Personal im Gewerbeamt

PANKOW: Bis 30. September werden keine persönlichen Sprechstunden angeboten

von Bernd Wähler

Im Bereich Gewerbeangelegenheiten des Ordnungsamtes kann es bis zum 30. September zu einer verzögerten Erledigung von Anliegen kommen.

Die Gründe hierfür seien das aktuell sehr hohe Arbeitsaufkommen und ein bereits eingetretener Rückstau bei der Bearbeitung von Anträgen und Gewerbemeldungen wegen eingeschränkter personeller Kapazitäten, teilt das Bezirksamt mit.

Die personellen Lücken im Bereich Gewerbeangelegenheiten des bezirklichen Ordnungsamtes waren bereits im vergangenen Jahr der Grund für eingeschränkte Sprechzeiten gewesen. Die Leitung des Ordnungsamtes hat daher mit den verantwortlichen Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Bereichs jetzt einen Veränderungsprozess in Gang gesetzt, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und den Service für die Bürger schnellstmöglich wieder dauerhaft aufrechtzuerhalten.

„Die Kolleginnen und Kollegen des Bereiches Gewerbeangelegenheiten arbeiten nach wie vor aktiv an der Abarbeitung der eingehenden Vorgänge und sind bestrebt, den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger schnellstmöglich nachzukommen“, erklärt dazu die Stadträtin für Ordnung und Öffentlichen Raum, Manuela Anders-Granitzki (CDU).

„Um diesem Anliegen gerecht zu werden, ist es bis zum 30. September zwingend erforderlich, keine persönlichen Sprechstunden anzubieten.“

Es wird außerdem darum gebeten, von telefonischen Nachfragen abzusehen und stattdessen den E-Mail-Kontakt gewerbe@ba-pankow.berlin.de zu nutzen beziehungsweise das Anliegen online über die Internetadresse www.ea.berlin.de abzuwickeln. In diesem Zusammenhang weist Stadträtin Manuela Anders-Granitzki auf die Möglichkeit hin, Gewerbemeldungen und Antragsunterlagen online einzureichen und bittet darum, die entstehenden Unannehmlichkeiten zu entschuldigen.

Datum: 08.07.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

Die Piazza wird aufgehübscht

KAROW: Der große Stadtplatz an der Achillesstraße wird jetzt umgestaltet

von Bernd Wähler

Die Bäume sind weg, ebenso die Bänke, der ganze Platz ist abgesperrt: Die Karower Piazza wird in den kommenden Wochen neu gestaltet.

Das der Stadtplatz an der Achillesstraße/Ecke Bucher Chaussee nun umgestaltet wird, hat eine lange Vorgeschichte. Nach entsprechenden Beschlüssen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) fanden 2013 und 2018 Treffen des Straßen- und Grünflächenamtes mit Anwohnern, Vertretern des Stadtteilzentrums Karow, der allod Immobilienverwaltung GmbH, des Förderkreises für Kultur Phoenix, der Kirchengemeinde und anliegenden Gewerbetreibenden statt. Gemeinsam wurde ein Planungskonzept erarbeitet und später überarbeitet.

Die Beteiligten regten unter anderem die Verbesserung der Aufenthaltsqualität an, mehr Sicherheit für den Fuß- und Radverkehr sowie eine bessere Ausleuchtung des Platzes. Ebenso gab es den Wunsch nach mehr Schatten durch größere Bäume, die Ausweitung der Schankvorgärten, bessere Wegebeziehungen sowie das Freihalten der Fläche für Märkte, Veranstaltungen und Feste



Die Piazza ist inzwischen beräumt und abgesperrt. In den kommenden Wochen wird sie umgestaltet. Im Herbst sollen dann noch neue Hecken und ein Solitärbaum gepflanzt werden. Foto: Bernd Wähler

sowie die Errichtung eines weiteren Stromanschlusses für den Marktbetrieb. Der Vorentwurf für die Umgestaltung wurde schließlich im Mai 2019 im BVV-Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen vorgestellt und erhielt Zustimmung.

Nach gut zehn Jahren Vorarbeit stehen nun auch die Mittel bereit, damit der Platz tatsächlich umgestaltet werden kann. Vorgesehen ist eine Neupflasterung der „Piazza“. Entlang der Bucher Chaussee und der Achillesstraße ist eine Bepflanzung mit Hecken und Bäumen als Lärm- und Sichtschutz sowie die Pflanzung eines großen Solitärbaums vorgesehen. Vor den

Hecken sowie im Bereich des Solitärbaums werden Sitzbänke neu aufgestellt. Die Natursteinblöcke in der Mitte des Platzes bleiben erhalten und werden in ihrer Lage nicht verändert.

Vorhandene Fahrradbügel werden durch neue Bügel ersetzt und durch weitere ergänzt. Die Gehwegüberfahrten an der Achillesstraße und an der Bucher Chaussee werden aus gestalterischen Gründen verlegt. Für den Marktbetrieb werden außerdem weitere Stromanschlüsse installiert.

„Es ist immer wieder eine Freude für mich und meine Beschäftigten zu sehen, wie unse-

re Stadtplätze durch erfolgreiche Neugestaltung schöner werden“, erklärt die Stadträtin für Ordnung und Öffentlicher Raum, Manuela Anders-Granitzki (CDU). „Gleichzeitig gelingt es uns hier auf der Piazza außerdem, die Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer zu erhöhen“, so die Stadträtin weiter. Insgesamt stehen für die Bauarbeiten auf der Piazza Investitionsmittel des Bezirks in Höhe von 400 000 Euro zur Verfügung. Im Herbst 2023 sollen zum Abschluss der Bauarbeiten 14 Hopfenbuchen und ein Amberbaum gepflanzt werden.

Weitere Infos zur Umgestaltung der Piazza finden sich auf <https://bwurl.de/19d9>.

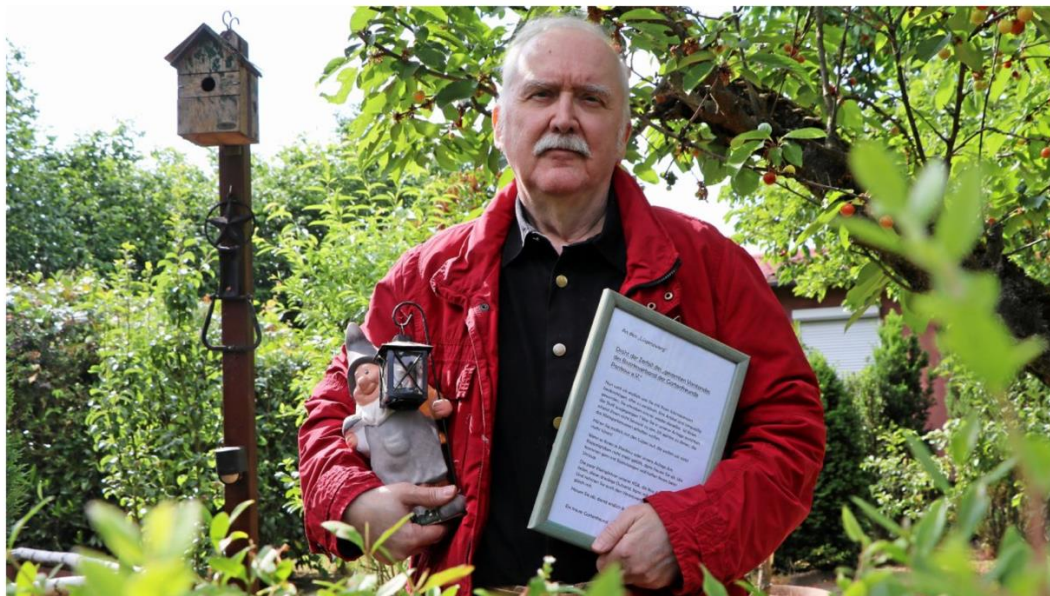
Datum: 09.07.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Marc R. Hofmann Thema: Lars Bocian

Dieser Mann brachte den Kleingarten-Skandal ans Tageslicht **M+**



Aktualisiert: 09.07.2023, 07:29 | Lesedauer: 8 Minuten

Marc R. Hofmann



Blickt über den Heckenrand: Axel Quandt mit Gartenzwerg und gerahmtem Drohbrieff in seinem Kleingarten. Die Aufklärung des Skandals ist ihm ein Herzensanliegen.

Foto: Marc R. Hofmann / BM

Erst belächelt, dann bedroht, jetzt nachgefragter Aufklärer: Wie Axel Quandt Licht in den Kleingarten-Skandal von Pankow bringt.

„Ob der Summen, die bewegt werden, befürwortet er auch die Idee des Pankower Abgeordneten Lars Bocian (CDU), der entsprechende Vereine gern verpflichten würde, sich regelmäßig von Wirtschaftsprüfern kontrollieren zu lassen.“

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den

Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article238893565/kleingarten-skandal-berlin-pankow-axel-quandt.html>

Datum: 09.07.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft, Denise Bittner

Kein Schild

Feuerwehrezufahrt an der Kita Friedrich-Richter-Straße kennzeichnen



Denise Bittner und Johannes Kraft setzen sich dafür ein, dass die Feuerwehrezufahrt an der Kita „Bucher Wichtel“ auch als solche eindeutig gekennzeichnet wird. • Foto: CDU Pankow/Tobias Koch • hochgeladen von [Bernd Wähler](#)

An der Kita „Bucher Wichtel“ soll die Sicherheit erhöht werden. Dafür setzt sich die CDU-Fraktion in der BVV ein.


In einem Antrag fordert sie das Bezirksamt auf, die Feuerwehrezufahrt auf dem Parkplatz vor der Kita als solche klar kennzeichnen zu lassen. Beim Bau der Kita in der Friedrich-Richter-Straße wurde ursprünglich auch eine Feuerwehrezufahrt mitgeplant. Aufgrund mangelnder Beschilderung wird diese inzwischen jedoch regelmäßig als Parkplatz genutzt.

Aus Gründen des Brandschutzes sollte hier ein Verkehrszeichen, das auf das geltende absolute Halteverbot hinweist, mit einem Zusatzschild „Feuerwehrezufahrt“ aufgestellt werden. Zusätzlich sollte dies durch eindeutige Markierungen auf der Verkehrsfläche verdeutlicht werden, fordert die CDU-Fraktion.

„In Gesprächen stellte sich immer wieder heraus, dass vielen Bürgern schlicht unbekannt ist, dass es sich bei diesem Bereich um eine Feuerwehrezufahrt handelt“, erklärt **Denise Bittner**, Vorsitzender der CDU-Fraktion. „Dieses Sicherheitsrisiko ist absolut nicht hinnehmbar. Hier muss dringend für eine eindeutige Beschilderung gesorgt werden.“

Der für Buch zuständige Abgeordnete, **Johannes Kraft** (CDU), ergänzt: „Die Feuerwehrezufahrt ist ständig zugeparkt. Für Einsatzkräfte ist dann bei einem möglichen Notfall kein Durchkommen mehr. Das Bezirksamt muss hier unbedingt handeln, bevor etwas passiert.“

Die BVV entschied, so wie bei Verkehrsthemen üblich, sich zunächst im Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung mit diesem Thema zu befassen.

Datum: 07/2023	Medium: Bucher Bote
	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft

Container für Geflüchtete bleiben

Bürger diskutierten bei einer Infoveranstaltung über ihre Probleme mit dem Bucher Wohnheim



FOTO: KRISTIANE SPITZ

Groscurthstr. in Buch, auf der einen Seite das Aufnahmeheim, gegenüber Wohnhäuser.

Lange hat es gedauert, bis das Land Berlin auf die problematische Situation rund um die Geflüchteteinrichtung in der Groscurthstraße in Buch reagiert hat und sich den Fragen von Anwohnern stellte. Seit letztem Sommer hatte es unzählige Klagen und Kritik insbesondere wegen Lärmbelästigungen und Vermüllung gegeben.

Bis ins Detail durchorganisiert war die Veranstaltung am 6. Juni in der Mensa auf dem Campus Buch. Eingeladen waren nur Menschen mit der Postleitzahl 13125, in der Befürchtung, rechte Ideologen würden die Runde für ihre Propaganda nutzen wollen. Das passierte nicht, und auch die Bucher selbst waren nicht in Scharen der Einladung gefolgt.

Wie geht es nun weiter mit der Containerunterkunft, die 2015 errichtet wurde, zwischen 2020 und 2022 leergezogen war, vorübergehend als Corona-Testzentrum diente und seit Februar letzten Jahres als Aufnahmeeinrichtung in Betrieb ist? Auf dem Podium Platz genommen hatten der Staatssekretär der Senatssozialverwaltung Aziz Bozkurt, die Pankower Bürgermeisterin Cordelia Koch und der Leiter der Aufnahmeeinrichtung, Sean Corleone. Bozkurt wollte eine »ehrliche Debatte«, er erklärte, dass eine Taskforce auf den Weg gebracht sei, die Probleme anzupacken – mit mehr Geld für Unterbringungen und Integration von Geflüchteten.

Dieses Versprechen, die Kommunen besser zu unterstützen, begrüßte Bürgermeisterin Koch umgehend. »Ich bin auch den Buchern dankbar, dass sie hier viele Menschen beherbergen«. Die Containerunterkunft müsse wegen des Zustroms an Geflüchteten aber weiter genutzt werden, auch wenn sie in keinem guten Zustand sei, erklärte sie gleich eingangs.

Sean Corleone, dessen Träger milaa gGmbH seit Februar die Unterkunft betreibt, sprach von aktuell 539 Bewohnern aus 22 Nationen in seiner Einrichtung, darunter 116 aus Moldawien, 97 aus Georgien und 78 aus der Türkei. Er sprach über den Lebensalltag der Bewohner, die viele Behördentermine abarbeiten müssten und ansonsten warten – auf den Aufenthaltstitel, eine Arbeitserlaubnis, den Deutschkurs. Von 9 bis 18 Uhr gebe es eine Kinderbetreuung, vier Sozialbetreuerinnen seien vor Ort. »Unser Team ist von 6.30 bis 20 Uhr vor Ort und berät die Menschen. Aber einsperren können wir sie natürlich nicht, sie gehen bei schönem Wetter nach draußen«, erklärte er. **Weiter S. 5**

Container für Geflüchtete bleiben

Fortsetzung von S. 1

Einige Bucherinnen und Bucher kamen zu Wort, um von ihren Sorgen zu berichten. Eine Frau beobachte regelmäßig, wie aus den Fenstern der Müll geworfen werde, Töpfe ausgekippt. »Einmal am Tag geht einer und sammelt den ganzen Dreck, der aus den Fenstern fliegt, wieder auf.« Es sei ständig Lärm in der Nacht und es werde viel Alkohol getrunken und geklaut. »Und Sie wundern sich, warum man hier so entsetzt ist über diese Zustände«, wendete sie sich an die Politiker.

»Viele Anwohner wollen und können nicht mehr. Ein Problem ist, dass der Rechtsruck in der Gegend ziemlich groß wird, was mich sehr beunruhigt; das hat aber seine Ursachen«, erklärte eine andere. Am eindrucklichsten war die Aussage einer jungen schwarzen Bucherin, die unter nächtlichen Lärmbelästigung zu leiden hatte: »Ich war schwanger und es war ein Alptraum im letzten Sommer. Ich hatte Angst vor dem Abend, vor der Nacht, weil ich wusste, es geht wieder los. Habe meinen Mann immer gebeten, die Polizei anzurufen, er sagte nein, sonst würde man sagen, man sei rechtsextrem«, erinnerte sie sich. »Das, was ich beobachte, ist, dass sich eine Parallelgesellschaft entwickelt, das ist wie ein Ghetto und ich kenne mich gut mit Banlieues von Paris aus. Ich wünsche mir, Politiker würden hier einen Monat wohnen, und dann würden sie auch unsere Anliegen ernst nehmen.« Und sie appellierte: »Betrachten sie uns nicht als Menschen, die Ausländer nicht mögen, aber wir haben auch Bedürfnisse.« Staatssekretär Bozkurt bestärkte die Anwesenden: »Treten Sie lieber die Politiker, statt die Geflüchteten.« Dann verwies er aber aufs große Ganze, mahnte, nicht zu

verallgemeinern, Menschen müsse geholfen werden. »Aber wir schauen uns das an, vielleicht können wir eine bessere Verteilung der Geflüchteten in der Stadt hinbekommen.« Der Leiter des Polizeiabschnitts 14, Kai Flentge, bestätigte, dass das Lärmproblem auch für ihn nicht neu sei und er

habe, um eine Infoveranstaltung durchzuführen. »So schafft man Probleme, statt sie zu lösen.« Sie habe Angst, Bürger zu »verlieren«. In Buch gebe es weitere Problemlagen, mit denen die Menschen umgehen müssen, wie die Wohnungslosenunterkunft Am Sandhaus oder die Straßenbaustellen durch den Ortsteil mit immer wieder geschlossener Bahnbrücke.

»Ich verstehe die Sorgen und Probleme«, äußerte sich Heimleiter Sean Corleone. Er richte aber den Fokus auf die Menschen in seiner Unterkunft. »Niemand möchte eigentlich seine Heimat verlassen. Die Menschen, die bei uns leben, haben Krieg oder das Mittelmeer überlebt, sie sind stark, brauchen aber unsere Begleitung. Wir sind für-



Einrichtungsleiter Sean Corleone **Bezirksbürgermeisterin Cordelia Koch** **Sozial-Staatssekretär Aziz Bozkurt**

einander da, wir wollen mitmenschlich sein.« Wahlkreisabgeordneter Johannes Kraft zeigte sein Unverständnis darüber, dass seit langem von den erheblichen Problemen geredet werde. »Wir haben uns an die Polizei, das Bezirksamt, das LAF gewandt und gefordert: 'redet mit den Menschen'. Vor einem Jahr haben wir konkrete Dinge vorgeschlagen – verlegt den Eingang, schneidet Büsche zurück, macht eine bessere Betreuung im Heim. Ein Jahr ist vergangen und was ist eigentlich passiert?«

»Was kann ich versprechen?«, fragte Bürgermeisterin Cordelia Koch. »Das Heim wird nicht geschlossen. Momentan ist es eine Aufnahmeeinrichtung, die Bewohner wechseln alle drei Monate. Ich setze mich für eine andere Form ein mit stabiler Bewohnerschaft, weniger Menschen und besseren räumlichen Bedingungen. Das heißt, Gemeinschaftsräume zu schaffen und möglicherweise den Eingang zu verlegen, weg von den Wohnblöcken.«


Volker Wenda vom Bucher Bürgerverein sprach von einer gemeinsamen Verantwortung – »für die Bevölkerung und für Geflüchtete«. Buch sei eigentlich Zukunftsort, mittlerweile aber ein »Geflüchtetenlager«. Zwei Flüchtlingsunterkünfte seien in einem Stadtteil genug.

Auch der Sprecher des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), Sascha Langenbach, meldete sich zu Wort: »Wir arbeiten verdammt hart, um neue Unterkünfte aufzubauen. Derzeit suchen wir Plätze für mehrere tausend Leute«, erklärte er.

Die Bucher Pfarrerin Cornelia Reuter kritisierte, dass es über ein Jahr gebraucht

kläre sich daraus, dass viele Menschen auf engem Raum zusammenleben müssen. »Wir versuchen unser Möglichstes, aber bitte erstatten Sie auch Anzeigen. Viele Anrufer, die sich an uns wenden, wollen das nämlich nicht tun.« Laut offizieller Kriminalitätszahlen ist Buch kein Kriminalitätsschwerpunkt, auch wenn die Polizeieinsätze im vergangenen Jahr leicht angestiegen sind.

Die Bucher Pfarrerin Cornelia Reuter kritisierte, dass es über ein Jahr gebraucht

Datum: 07/2023	Medium: Bucher Bote
 <p>Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung</p>	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft

AKTIONEN

Mehr Kraft für Kehrenbürger

Johannes Kraft (CDU), verkehrspolitischer Sprecher des Abgeordnetenhauses, ist einer, der nicht nur redet, sondern sich auch kümmert, und zwar, im wörtlichen Sinne, um das Ansehen des Bezirks. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort organisiert er seit fast 20 Jahren in Karow und Buch bürgerschaftliches Engagement. Jüngste Aktion war Mitte Mai das Aufräumen der Grünanlage zwischen Beerbaumstraße, Karower Chaussee und Autobahn. Kraft bildete hier die Schnittstelle zwischen helfenden Anliegern, der BSR und Ordnungs-Stadträtin Manuela Anders-Granitzki.

Er will dies aus der Bürgerschaft hervorgegangene ehrenamtliche Engagement jetzt weiter verstetigen. Die Aktion »Kehrenbürger« wurde von der Berliner Stadtreinigung ins Leben gerufen und unterstützt Ehrenamtliche dabei, ihren Kiez zu verschönern und beispielsweise Spielplätze und Grünanlagen aufzuräumen. Die BSR stellt dafür Mülltüten und Greifzangen zur Verfügung. Johannes Kraft sagt, die Idee ist, die Leute zu motivieren, aufzurufen und in die Lage zu versetzen, Schmutzdecken wahrzunehmen und zumindest zeitweise ehrenamtlich gemeinsam mit anderen Betroffenen zu säubern. »Ich unterstütze das sehr gern. Dabei geht es u. a. um die Bewerbung der Pläne und Termine, und darum, dann aktuell für die Aktionen in Zusammenarbeit mit der BSR und dem Bezirksamt entsprechende Materialien bereitzustellen – Westen, Müllsäcke, Handschuhe, Müllgreifer, alles, was man so braucht. Und darum, für eine kleine Stärkung zu sorgen, also z.B. Getränke und eine Stärkung vom Grill für die Helfer«, so der Karower.

Gerade in jüngster Zeit mehren sich allerorten Klagen über die Vermüllung. Als »Kehrenbürger« können die Anwohner selbst etwas dagegen tun, natürlich ohne die BSR aus der Verantwortung zu entlassen. Kraft: »Die Idee ist, dass man so ein bisschen vor der eigenen Haustür guckt, um Dreckecken zu identifizieren und aufzuräumen. Und dass wir schauen, dass wir noch ein paar mehr Leute finden und dann so eine Aktion machen.«

Wie kommen Menschen und Politiker zusammen? »Interessierte Bürger können sich gern bei mir melden, per Email unter kraft@johannes-kraft.de oder telefonisch unter (030) 943 969 16. Dann würden wir uns darum kümmern, das zu organisieren. Dabei sind wir offen für Ideen; wir lernen noch. Beim letzten Mal habe ich z.B. alte Wahlkampfplakate genommen, diese neu bedrucken lassen und drei Wochen vorher darauf auf die Veranstaltung hingewiesen«, erzählt Johannes Kraft. Mit Erfolg, die Grünanlage strahlt in neuem Glanz.


Der Abgeordnete hat solche Aktionen schon seit Jahren unterstützt und mitorganisiert. Was ist seine Erfahrung hinsichtlich der Hilfsbereitschaft der Leute? Egozentrismus oder Gemeinschaftssinn in Karow und Buch? Kraft sagt, das hänge wesentlich von der lokalen Verbundenheit ab. »Nachdem wir 2005 den Dänenwendplatz in einer Aufräumaktion wieder nutzbar gemacht haben, fingen die Anwohner von ganz allein an, an den an ihre Grundstücke grenzenden Passagen des Platzes im Umfang von 200 bis 300 m² Rasen zu mähen und Müll zu entfernen.« Und als wir die Hecke auf dem Parkplatz Achillesstraße gepflanzt haben, waren auch wesentlich die Anwohner und anliegenden Geschäfte und Kitas beteiligt. »Es sind meist die Anlieger. Wer da jeden Tag lebt oder jeden Tag vorbeigeht, der kümmert sich auch.«

Auf jeden Fall strahlen die Aufräumaktionen auf das gemeinschaftliche Klima aus, man lernt sich kennen, tut gemeinsam etwas Gutes und stärkt die Nachbarschaft.

Mathias Heller



Kehrenbürger-Aktion in Karow.

Datum: 07/2023	Medium: Bucher Bote
	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft

Radschnellweg von Mitte bis Karow

Panke-Trail-Routenführung soll im 3. Quartal öffentlich gemacht werden

Mit dem Fahrrad sicher und schnell von Mitte bis nach Karow zu gelangen ist eine verführerische Vorstellung. Der Weg soll auch dazu animieren, das Auto stehen zu lassen, in die Pedalen zu treten, um sich und der Umwelt Gutes zu tun. Und wer bis nach Buch strampeln will, kann von Karow den Fernradweg Berlin-Usedom nutzen.

Der Baubeginn des 18 km langen Trails ist derzeit für das kommende Jahr geplant, zwei Jahre lang soll die Bauphase währen. Befürchtet wird mittlerweile, dass der erste Spatenstich erst 2027 erfolgen könnte. Der Weg soll sich in Richtung Innenstadt

aufgabeln – eine Strecke führt zum Nordbahnhof, eine andere zum Schönhauser Tor, eine weitere zum Alexanderplatz. Die Strecke ist eine von elf Radschnellverbindungen (RSV), die für Berlin angedacht sind. Der Panke-Trail wird 3 m breit sein, asphaltiert und beleuchtet. Es gibt selten Querungen oder Stopps. Die parallelen Fußwege sind von den Rads Spuren abgetrennt.

Im Ortsteil Karow gab es Gerüchte, dass es Eingriffe in private Grundstücke geben könnte. Auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Johannes Kraft erklärte der Projektentwickler GB infraVelo GmbH: »Es sind nach aktuellem Planungsstand keine Eingriffe in private Grundstücke erforderlich.« Wenn die Vorplanung fertiggestellt sei, werde das landeseigene Unterneh-

men die Öffentlichkeit über den Verlauf der Routenführung (Vorzugstrasse) informieren. Nach derzeitigem Planungsstand sei dies im 3. Quartal 2023 vorgesehen, informierte Dr. Claudia Stutz von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz- und Umwelt. Eine mögliche Trassenführung könnte vom S-Bahnhof Heinersdorf über den Maronensperlingweg, die Burgwallstraße, die Boenkestraße zum S-Bahnhof Karow verlaufen. Für die Eisenbahnüberführung (EÜ) in der Boenkestr. werde eine Einfeld-Fachwerkbrücke vorgesehen. Die lichte Breite der EÜ soll – hinsichtlich eines möglichen, künftigen Turmbahnhofs Karow – für eine Bus-Bus-Begegnung plus einer Fahrradstraßenbreite ausgelegt werden. Die Boenkestr. ist derzeit 5 m breit. *K.S.*

Datum: 11.07.2023	Medium: Tagesspiegel Newsletter
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Latz Thema: Johannes Kraft, Dr. Manja Schreiner



T+ Verkehrsverbund sieht „keine Notwendigkeit“ Was wird aus dem 29-Euro-Ticket für Berlin?

Im Berliner Haushalt werden die Kosten für das 29-Euro-Ticket eingepreist. Doch wie kann das Projekt umgesetzt werden – und ist es überhaupt sinnvoll?

Mir ist dabei wichtig, ein gutes, attraktives und vor allem bedarfsgerechtes Angebot zu machen, das nicht parallel neben dem Deutschlandticket steht.


CDU-Verkehrspolitiker Johannes Kraft zum 29-Euro-Ticket

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten,

schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/verkehrsverbund-sieht-keine-notwendigkeit-was-wird-aus-dem-29-euro-ticket-fur-berlin-10123378.html>

Datum: 05.07.2023	Medium: rbb Abendschau
	Autor: Nils Hagemann Thema: Manuela Anders Granitzki

Streit um Lärm Späti-Betreiber kritisieren in Pankow geplantes Stühleverbot

Fr 14.07.23 | 20:54 Uhr

1 Min

Video: rbb24 | 12.07.2023 | Material: Nils Hagemann | Bild: dpa

Der Berliner Bezirk Pankow will Stühle und Tische vor Spätis verbieten. Grund seien Beschwerden von Anwohnern über Lärm. Betreiber der Läden sehen das kritisch - und wollen selbst für Ruhe vor ihren Geschäften sorgen.

Sich abends noch schnell auf ein Bier vor den Späti setzen: In Pankow soll das bald nicht mehr möglich sein. Der Bezirk will nämlich Tische und Stühle vor den Kiosken verbieten. Laut Bezirk haben sich immer wieder Anwohner über abendlichen Lärm beschwert.

"Es geht um Menschen, die Schlaf brauchen, weil sie im Schichtdienst arbeiten. Und um Fälle, wo nicht die Toilette im Spätkauf aufgesucht wird, sondern wo man sich an Hauseingängen erleichtert", begründet Ordnungsstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) die Entscheidung in der ["Berliner Morgenpost"](#) [\[Bezahlinhalt\]](#).

Zu weiteren Details wollte sich der Bezirk gegenüber dem rbb nicht äußern. Bei Betreibern und Gästen der Spätis kommt der Plan - wie nicht anders zu erwarten - gar nicht gut an.

"Dieser Plan ist reiner Schwachsinn!"

"Wieso ist die Lautstärke vor Kneipen kein Problem, vor Spätis aber schon", fragt Arthur, der als Minijobber in einem Pankower Späti arbeitet. Er sieht schon länger Probleme für seine Branche. "Spätis sind doch eigentlich dafür da, dass man 24/7 einkaufen kann. Auch Sonntags. Schon das ist

immer weiter beschnitten worden. Das ist alles Schikane." Er habe das Gefühl, dass Berlin seine Späti-Vielfalt nach und nach abschaffen wolle.

Mit seiner Kritik ist er nicht alleine. "Dieser Plan ist reiner Schwachsinn", schimpft Ibo. Er betreibt einen Spätkauf in Prenzlauer Berg und kann das Problem nicht verstehen. "Ich habe sehr viele Stammkunden. Die sitzen bei mir fast täglich auf den Bänken und trinken ihr Bierchen." Probleme mit Nachbarn gebe es hingegen keine. "Zu denen habe ich einen guten Draht. Und wenn es vor meinem Laden zu laut wird, dann baue ich die Tische einfach selbst um 22 Uhr ab."

Späti-Betreiber fürchten um Kundschaft

Hafiza ist dagegen erst seit Kurzem in der Branche. Seit einem halben Jahr verkauft sie Bier, Tabak, Süßigkeiten in einem Pankower Späti. "Für die Kunden wäre das schlecht", sagt sie zu den Verbotsplänen. "Wenn sie ein kaltes Getränk kaufen, wollen sie sich auch hinsetzen und in Ruhe trinken."

Und was sagen die Kunden selbst? Jannes sitzt regelmäßig vor einem Späti in Pankow. "Das ist einfach angenehm. Man hat einen Tisch, kann Karten spielen oder Schach", sagt er. Aber die Gemütlichkeit ist nicht der einzige Grund, wieso er immer wieder kommt. "Es gibt hier billiges Bier. In eine Kneipe zu gehen, wäre für mich zu teuer." Jannes findet den Plan des Bezirks deshalb "doof". "Das würde auch die Stadt treffen", sagt er, "Viele Leute kommen ja her, weil man einfach entspannt auf ner Bank vorm Späti sitzen kann."

Sendung: rbb24 Abendschau, 14.07.2023, 19.30 Uhr

Datum: 15.07.2023	Medium: Berliner Woche Print
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: David Paul

Innovative Technik für schnelleres Radeln

PANKOW: CDU will im Bezirk als Pilotprojekt Speedanzeigen für Radfahrer testen

von Bernd Wähler

Die CDU-Fraktion in der BVV regt an, mit einer technischen Lösung zu erreichen, dass weniger Radfahrer trotz roter Ampel weiterfahren und sich und andere damit in Gefahr bringen.

Mit einem entsprechenden Antrag des Verordneten David Paul fordert die CDU-Fraktion das Bezirksamt auf, in Pankow sogenannte Speedanzeigen für den Radverkehr zu erproben. Demnach soll sich der Bezirk bei der zuständigen Senatsverwaltung um ein berlinweites Pilotprojekt bewerben.

Speedanzeigen für den Radverkehr befinden sich seit Ende 2022 in Hamburg in der Testphase. Die Ampelphasenassistenten erfassen mithilfe von Detektoren die Geschwindigkeit eines Radfahrers und errechnen eine Geschwindigkeitsempfehlung, mit der die aktuelle oder kommende Grünphase einer Ampel optimal erreicht wird.

Radfahrer können so eine grüne Welle nutzen. „Speedanzei-



Der Verordnete David Paul (CDU) will im Bezirk Pankow Speedanzeigen für den Radverkehr testen.

Foto: CDU Pankow/Pavol Putnok

gen sind eine innovative Idee, um den Fahrkomfort für Radfahrer in der Stadt zu steigern, indem das ständige stop and go an jeder Straßenkreuzung möglichst vermieden wird“, erklärt David Paul. „Zudem könnten die Fahrradsäulen dazu beitragen, dass illegale Rotfahrten von Radfahrern reduziert werden. Das würde die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer erhöhen.“ Die Verordneten entschieden, sich mit diesem Vorschlag zunächst im Mobilitätsausschuss sowie im Haushaltsausschuss zu befassen, ehe die BVV darüber entscheidet.

Datum: 13.07.2023	Medium: Tagesspiegel Newsletter
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Latz Thema: Manuela Anders-Granitzki

Maut-Ausweichverkehr: BVV will Schwerlaster mit Mess-Säulen aus Pankow verbannen. Immer mehr Schwerlaster auf Pankows Straßen zerren an den Nerven der Anwohner. Ein Großteil davon fährt nur durch unseren Bezirk, um sich die Autobahn-Maut zu sparen, nimmt die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) an. Der Bezirk soll nun mit Mautsäulen an den Ausfallstraßen dagegen vorgehen, regte sie am Mittwoch in einem Beschluss an.

Den entsprechenden Antrag hatte die **CDU** gestellt. Darin wird das Bezirksamt ersucht, sich beim Bundesamt für Güterverkehr dafür einzusetzen, „dass an den Bundesstraßen, die nach Pankow führen, im Bereich der Stadtgrenzen Mautsäulen errichtet werden“. Es solle zudem geprüft werden, ob Lücken im Erkennungssystem bestehen, „die Mautumgehungsverkehr durch Pankow ermöglichen“.

Der Schwerlastverkehr in Pankow nehme immer weiter zu, begründete die CDU ihren Vorstoß – auch internationaler LKW-Verkehr. Seit 2018 gilt auch auf Bundesstraßen die Mautpflicht, im Gegensatz zu den Autobahnen werde diese dort jedoch nicht engmaschig überwacht. Dies erzeuge „Mautausweichverkehr“.

Mit den Mautsäulen auf Pankower Bundesstraßen soll diese Praxis künftig erschwert werden. „Es soll sich nicht mehr lohnen, die Autobahn zu verlassen und durch Pankow abzukürzen“, so die CDU. Dazu brauche es die blauen Mess-Säulen, um Laster an den Einfahrtsstraßen nach Pankow zu erfassen. In anderen Bundesländern stünden diese Säulen bereits engmaschig „und halten den Schwerlastverkehr auf den Autobahnen“. Dies soll nun auch an Pankows Grenzen passieren.

BVV senkt Daumen: Eschenallee auf Werneuchener Wiese soll gerodet werden. Die Eschenallee auf der Werneuchener Wiese wird zur Hälfte gerodet. Die

Bezirksverordnungsversammlung (BVV) lehnte am Mittwochabend nach langer Debatte einen Einwohnerantrag zum Erhalt der 25 Bäume mit deutlicher Mehrheit ab.

Um die Bäume wird seit Langem gestritten. Das Straßen- und Grünflächenamt (SGA) will wie berichtet [einen festen statt des bisher unbefestigten Gehwegs](#) an der Kniprodestraße errichten. Direkt neben der neuen temporären Schule, die inzwischen fertiggestellt ist. In diesem Zuge hält es die Fällung einer Baumreihe der zweireihigen Eschenallee für notwendig – obwohl der Gehweg laut Schulamt für die Erschließung der Schule „sekundär“ ist.

Dagegen wehrte sich die Anwohnerinitiative „Pro Kiez Bötzowviertel“. Sie hatte eigens einen Baumgutachter engagiert, der zu dem Schluss kam, dass ein Weg zwischen den Eschen mit Baumerhalt möglich wäre. Ach die Senatsverkehrs- und -umweltverwaltung forderte vom Bezirk, einen möglichen Gehwegbau mit Baumerhaltung zu prüfen. Das hat das SGA nach eigenen Angaben getan – blieb aber bei seiner „Vorzugsvariante“ inklusive Fällungen.

Das SGA wollte dennoch nach Angaben der zuständigen Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) das BVV-Votum abwarten. Das ist nun erfolgt – damit dürfte das Schicksal der Bäume besiegelt sein.

In der abschließenden BVV-Debatte wurden die altbekannten Argumente am Mittwoch noch einmal ausgetauscht. „Es ist einfach nicht nachzuvollziehen, warum niemand im Bezirk, auch nicht die Bezirksverordneten, daran interessiert sind, eine Lösung zu finden, die einen Gehweg und den Erhalt der Bäume ermöglicht“, sagte **Petra Wilfert** von der Initiative. Es gebe Alternativen zur bei den Anwohnern „unbeliebten radikalen Versiegelung“.

Wilfert kritisierte scharf, dass es während der gesamten Planung zur Bebauung der Werneuchener Wiese keine Bürgerbeteiligung gegeben habe, wie sie rechtlich vorgesehen sei. Dies sei nur für den kleinen Teil des Lenné-Meyer-Gartens geschehen.

Ein entscheidender Punkt in der Debatte war und ist wohl das Geld. Für den neuen Gehweg sind nach SGA-Angaben bereits 1,1 Millionen Euro Fördermittel beantragt

worden. Diese würden demnach bei einer Um- oder Neuplanung ersatzlos verfallen. Laut **Wolfram Kempe** von der Linksfraktion scheiterte das SGA zudem bei der Suche nach einer Baufirma, die bei der Anlage des Gehwegs vom Normverfahren abzuweichen bereit war, wie von der Initiative gefordert.

Die Eschen werden dennoch voraussichtlich noch ein Jahr stehen bleiben. Das Bezirksamt plant den Neubau des Gehwegs an der Kniprodestraße für das dritte Quartal 2024. „Die Fällung der Bäume würde dann in der Fällperiode ab Oktober 2024 erfolgen“, erklärte die Stadträtin Anders-Granitzki auf Nachfrage.

Der temporäre Umzug des Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Gymnasiums in die neue Schuldrehscheibe soll bereits ab dem heutigen Donnerstag beginnen. / Foto: **Patricia Wolf**

Ordnungsamt bleibt hart: Zu spät verlängerter Anwohnerparkausweis kostet Bußgeld. Wer seinen Anwohnerparkausweis nicht rechtzeitig verlängert, wird zur Kasse gebeten – ein „Gewohnheitsrecht“ existiert nicht. Diese Erfahrung machte **Hubert Morgenbrodt** aus dem Winsviertel in Prenzlauer Berg – und beschwerte sich darüber bei der zuständigen Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU).

„**Ich lebe seit 1968 in Berlin-Pankow** und bin Inhaber eines Bewohnerparkausweises“, schrieb er. In diesem Jahr habe er „leider übersehen“, diesen über den 31. März hinaus verlängern zu lassen. „Ihre Mitarbeiter des Ordnungsamtes haben daraufhin am 4.4. sofort einen Strafzettel über 20 Euro für Falschparken erteilt.“

Er habe daraufhin am 6. April nach seinem Urlaub „umgehend einen neuen Bewohnerparkausweis beantragt und den Antrag deutlich sichtbar im Auto angebracht“. Dennoch habe er bis zum 27. April, als er den neuen Ausweis erhielt, drei weitere Strafzettel über je 20 Euro erhalten. „Es ist offensichtlich nicht mehr üblich, wie in vergangenen Jahren praktiziert, zumindest einmal kulant auf den abgelaufenen Bewohnerparkausweis hinzuweisen“, kritisierte er. „Ich fühle mich als langjähriger Einwohner von Berlin-Pankow durch solch stringente Anwendung der

Anwohnerparkausweis-Regeln ungerecht behandelt.“ Deshalb bat er die Stadträtin persönlich höflich um die Rücknahme der aufgelaufenen vier Strafzettel.

Die Antwort fiel eindeutig aus. Wer keinen Anwohnerparkausweis habe, müsse eben einen normalen Parkschein ziehen, schrieb Anders-Granitzki zurück. Andernfalls müssten die Ordnungsamtskräfte „regelkonform einschreiten“.

Die Stadträtin wies Morgenbrodt darauf hin, dass es durchaus eine Kulanzregelung gebe. Nämlich dahingehend, „dass Fahrzeuge mit einer abgelaufenen Vignette für eine kurze, wenige Tage andauernde Übergangszeit lediglich einfach verwarnt werden“. Die Dienstkräfte würden dann von einer beantragten Verlängerung ausgehen und nicht das Bußgeld erhöhen, wie bei einem Wiederholungsfall eigentlich vorgesehen.

Da eine Verlängerung des Ausweises einfach online möglich sei oder sofort beim Bürgeramt ausgehändigt werde, „kommt eine längere Übergangszeit nicht in Betracht“, so die Stadträtin weiter. „Zudem ist es weder leistbar noch Aufgabe der Behörde, jeden einzelnen Bürger auf den drohenden Ablauf verschiedener Ausnahmegenehmigungen hinzuweisen.“ Auch die Rücknahme der Strafzettel „kann von hier aus nicht veranlasst werden“.

Diese Worte stießen bei Morgenbrodt auf keine allzu große Akzeptanz. „Das Antwortschreiben der Bezirksstadträtin ist genau in Inhalt und dem Ton verfasst, der zunehmend zur Polarisierung der Gesellschaft und zum Politikverdruss der Bürger beiträgt“, kritisiert er. Primäre Aufgaben des Ordnungsamtes würden aus Personalmangel nicht erledigt. „Aber Kapazitäten für das Eintreiben von Bußgeldern bei Falschparkern und, wie in meinem Fall, für verspätete Beantragung eines Bewohnerparkausweises sind vorhanden.“

Datum: 21.07.2023	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Jörn Pasternack

 **Bernd Wähler**
aus Pankow
21. Juli 2023, 20:15 Uhr | 257* gelesen

PLATTENBAU WICH MODERNEM GEBÄUDE

Berlins erste Compartmentschule



Die Staatssekretäre Alexander Slotty und Torsten Kühne, Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch, Schulstadtrat Jörn Pasternack und Schulleiter Marcel Ricken (hintere Reihe von links nach rechts) übergaben symbolisch einen Schlüssel an die ersten Schüler der neuen 50. Grundschule, die nach den Ferien ihr Schulgebäude in Besitz nehmen können. • Foto: Bernd Wähler • hochgeladen von [Bernd Wähler](#)

6 Bilder

Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) hat gemeinsam mit den Staatssekretären Alexander Slotty (SPD, Bauen) und Torsten Kühne (CDU, Schulbau) sowie Schulstadtrat Jörn Pasternack (CDU) die neue vierzügige Grundschule an der Karower Chaussee 97 eingeweiht.

Offiziell geht sie mit der Bezeichnung „50. Grundschule in Pankow“ ans Netz, bis sich die Schulgemeinschaft auf einen anderen Namen verständigt hat. Auch wenn das Schulgebäude jetzt eröffnet wurde: Gegründet worden ist die Schule bereits vor

einem Jahr, berichtet Schulleiter Marcel Ricken. Sie ging mit vier 1. Klassen an den Start. Unterrichtet wurden diese an drei Schulstandorten im Norden des Bezirks. Eine Klasse konnte Räumlichkeiten in der Grundschule Am Sandhaus nutzen, eine weitere in der Grundschule im Panketal und zwei in der Grundschule am Hohen Feld. Um die Schüler kümmerten sich sechs Lehrkräfte und vier Erzieherinnen.

„Es ist sicher ungewöhnlich, dass eine Schule bereits existiert, ehe sie ein Schulgebäude hat“, sagt Marcel Ricken. „Aber es ist auch schön, wenn man den Aufbau des Gebäudes selbst verfolgen kann. Wir lernten im zurückliegenden Jahr viele Menschen kennen, die uns unterstützten.“ Dazu gehörten Bauleute, Hausmeister, Mitarbeiter in den Verwaltungen, aber auch die Schulleitungen der drei Schulen, in denen die Klassen unterrichtet wurden. Ihnen allen dankte der Schulleiter ausdrücklich und gesteht: „Nun sind wir allerdings froh, dass wir unser eigenes Schulhaus haben, in dem wir in das neue Schuljahr starten können.“

Das Grundstück, auf dem das neue Schulhaus sowie die Schulsporthalle entstanden, ist vielen Nordost-Berlinern seit rund 50 Jahren als Schulstandort bekannt. Bis 2010 war die Hufeland-Oberschule hier in einem Plattenbau untergebracht. Nach deren Umzug in die nahe gelegene Walter-Friedrich-Straße stand das alte Schulgebäude jahrelang leer. Sogar über eine Vermarktung des Grundstücks wurde nachgedacht. Doch dann zeichnete sich ab, dass Pankow künftig weit mehr Grundschulplätze benötigt, als noch Anfang des Jahrtausends prognostiziert worden ist. Deshalb blieb das Grundstück in öffentlicher Hand, damit hier eine neue Schule entstehen kann.

Seit 2017 wurde an der Schule geplant. Von Oktober 2020 bis März 2021 erfolgte der Abriss der alten Bausubstanz, die sogenannte Baufeldfreimachung. Außerdem mussten Altlasten entsorgt, eine Kampfmittelsondierung und Baumfällarbeiten durchgeführt werden. Ab Oktober 2021 begannen die eigentlichen Baumaßnahmen zur Errichtung des neuen Schulgebäudes und der Sporthalle.

Das Besondere an dieser Schule ist, und nicht zuletzt deshalb kam Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch zu Eröffnung: Es ist die erste im Land Berlin, die nach dem neuen Raumkonzept der Berliner Lern- und Teamhäuser, dem sogenannten Compartmentprinzip gebaut wurde. Ein Compartment setzt sich aus Klassen-, Gruppen- und Teamräumen zusammen, die sich um ein Forum gruppieren. Sie ermöglichen unterschiedliche Lernformen und bieten zugleich Platz für Rückzug und

Erholung, erklärt die Senatorin. Des Weiteren gibt es im neuen Schulgebäude eine Bibliothek, eine Lehrküche und eine Mensa. In der neuen vierzügigen Grundschule können perspektivisch bis zu 576 Schüler unterrichtet werden.

Zum Schulneubau gehören eine Sporthalle und gestaltete Außenanlagen. Die Sporthalle steht nachmittags und an Wochenenden auch Vereinen zur Verfügung. Im Zuge der Baumaßnahme wird entlang des Schulgrundstücks in der Ernst-Ludwig-Heim-Straße außerdem ein neuer Bürgersteig angelegt. Der Haupteingang zum Schulgelände befindet sich ebenfalls in der Ernst-Ludwig-Heim-Straße. Alle Bauarbeiten an diesem Standort kosten insgesamt rund 50 Millionen Euro.

Schulstadtrat Jörn Pasternack freut sich vor allem darüber, dass sich die Versorgung mit Grundschulplätzen in den Ortsteilen Buch und Karow mit der neuen Schule entscheidend verbessert. In den nächsten Monaten werden noch weitere neue Schulen in Pankow an den Start gehen, so der Stadtrat, unter anderem an der Rennbahnstraße in Weißensee und an der Conrad-Blenkle-Straße in Prenzlauer Berg.

Datum: 25.07.2023	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki



Bernd Wähler
aus Pankow
25. Juli 2023, 13:44 Uhr | 128× gelesen

FRISCHE IDEEN FÜR DIE HAGENAUER

Wie Kinder die Klimastraße haben wollen



In der Hagenauer Straße sieht es recht trist aus. Hier wächst bisher noch nicht einmal ein Baum. Am Straßenrand: fast durchgängig parkende Autos. Von Aufenthaltsqualität keine Spur. • Foto: Bernd Wähler • hochgeladen von [Bernd Wähler](#)

Die bisher baumlose und eher triste Hagenauer Straße soll zur ersten Klimastraße im Bezirk werden.

Um das zu ermöglichen, lässt das Bezirksamt mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt derzeit eine Machbarkeitsstudie anfertigen. Beauftragt damit wurden die Büros bgmr Landschaftsarchitekten GmbH und die Ingenieurgesellschaft Prof. Dr. Sieker mbH. Wichtig ist allen Beteiligten, dass die Ideen und Anregungen der Anwohner aller Generationen in die Planung der Klimastraße einbezogen werden. Deshalb gab es auch eine umfangreiche Beteiligung von Familien, Kindern und Jugendlichen.

Bestandteil dieser Beteiligung war ein Kunstworkshop. Kinder und Jugendliche arbeiteten unter Leitung der Künstlerin Katharina Grantner an den Themen Klimaschutz und Klimaanpassung in der Hagenauer Straße. Welche Ideen und Anregungen die Kinder für die Gestaltung ihres Wohnumfeldes entwickelten, ist nun bis zum 31. August in einer Ausstellung in der Bibliothek am Wasserturm zu besichtigen.

„Wenn wir als Bezirksamt die ‘Stadt von Morgen’ gestalten, dann sollte die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen ein selbstverständlicher Schritt im kommunalen Planungsalltag sein“, erklärt Manuela Anders-Granitzki (CDU), Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum. „Für mich ist dies nicht nur ein unglaublich großer Pool an zusätzlichen kreativen Ideen und die Chance junge Menschen für den öffentlichen Raum zu sensibilisieren, sondern vor allem auch gelebte Demokratie.“

Die 190 Meter lange Hagenauer Straße befindet sich zwischen Danziger Straße und Sredzkistraße. Sie ist die einzige im Kollwitzkiez, in der es weder einen Baum, noch einen Strauch gibt. Bisher dominieren Autos den Straßenrand. Die Gehwege sind recht schmal. Und in dieser Straße lädt nichts zum längeren Verweilen ein. Deshalb entstand 2020 die Anwohnerinitiative „Klimastraße Hagenauer Straße“. Diese stellte über Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) einen entsprechenden Antrag. Demzufolge soll per Machbarkeitsstudie untersucht werden, wie die Hagenauer Straße zur Klimastraße werden könnte. Dieser Antrag fand im Februar 2021 eine Mehrheit in der BVV. Und seit vergangenem Sommer wird an der Machbarkeitsstudie gearbeitet.


Aufenthaltsqualität verbessern

Inzwischen gibt es viele Ideen. So sollte es künftig zum Beispiel auch Sitzmöglichkeiten, vielleicht sogar Spielmöglichkeiten in der Hagenauer geben. Vor allem wünschen sich die Anwohner endlich Grün in ihrer Straße. Bäume, Sträucher, Kletterpflanzen an den Fassaden oder kleine Beete zum Beispiel. Gewünscht werden auch Carsharing-Stellplätze und Lademöglichkeiten für E-Fahrzeuge.

Die modellhafte Studie soll unter anderem die Grenzen, Hürden, vor allem aber die Chancen eines klimagerechten Straßenumbaus aufzeigen. Ziel ist es, diese

Erkenntnisse sowohl in der Hagenauer Straße selbst, als auch bei der Umgestaltung anderer Straßen in Berlin zu nutzen.

Die Collagen, Zeichnungen, Modelle und ein Video sind zu sehen in der Bibliothek am Wasserturm, Prenzlauer Allee 227/228. Geöffnet hat die Ausstellung Mo/Mi-Fr 13-19 Uhr, Di 11-17 Uhr. Informationen zu diesem Pilotprojekt gibt es auf klimastrasseberlin.de und www.berlin.de/ba-pankow/klimastrasse.

Datum: 24.07.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner  Morgenpost	Autor: Marc R. Hofmann Thema: Lars Bocian

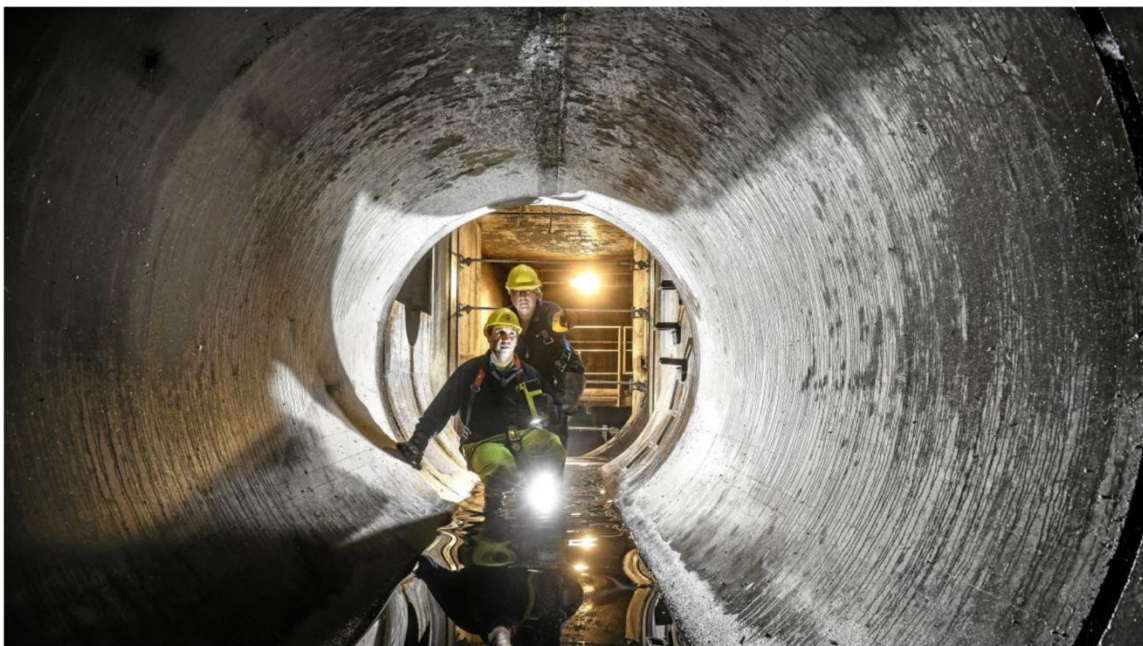
ELF NEUE QUARTIERE

Boom-Folge: Pankow braucht Wasser für eine mittelgroße Stadt **M+**



24.07.2023, 16:36 | Lesedauer: 4 Minuten

Thomas Schubert



Pankows neue Stadtquartiere lassen das 6000 Kilometer lange Netz der Berliner Wasserbetriebe noch einmal deutlich wachsen.


Foto: Reto Klar

Berliner Wasserbetriebe müssen in Pankow elf neue Stadtquartiere ans Netz anschließen. So groß ist der Bedarf im Detail.

„Interessant finde ich die fehlenden Löschwasserleitungen auf öffentlichen Straßenland und die fehlende Zuständigkeit der Berliner Wasserbetriebe, diese bereit zu stellen“, zeigt sich Bocian besorgt.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

Datum: 26.07.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner  Morgenpost	Autor: Thomas Schubert Thema: Manuela Anders-Granitzki

Straßenbahn-Sperrung nach Unwetter: BVG heuert Taxis an



26.07.2023, 16:52 | Lesedauer: 2 Minuten

Thomas Schubert



Eine unterspülte Straße in Berlin-Pankow führt dazu, dass Taxis die Straßenbahn ersetzen.

Foto: Jochen Eckel / picture alliance / Jochen Eckel

Ersatzverkehr mit Taxis als Unwetter-Folge: Die BVG muss nach einer Havarie in Pankow improvisieren. Der Bezirk warnt.

Berlin. Umgestürzte Bäume und abgebrochene Äste sind die offensichtlichste Folge des orkanartigen Gewitters, das am Montagabend über Berlin hinwegfegte. Doch es gibt auch Konsequenzen, die weniger stark ins Auge fallen, aber gravierende Einschnitte bringen. In Pankow

fürte die Unterspülung einer kleineren Straße zur Unterbrechung des Straßenbahn-Verkehrs.

Konkret betroffen ist ein Streckenabschnitt der Linie M1 im Bereich des Pastor-Niemöller-Platzes, wie die [Berliner Verkehrsbetriebe \(BVG\)](#) bei Twitter melden. Im Gebiet zwischen den Haltestellen Pastor-Niemöller-Platzes / Grabbeallee und der Endhaltestelle Schillerstraße soll wegen einer Havarie ein Ersatzverkehr mit Taxis die Lücke schließen. Betroffen sind laut der Meldung beide Fahrtrichtungen des Streckenasts in Niederschönhausen.

Fotos in der Facebook-Gruppe „Pankow, unser Bezirk“ zeigen eine massive Überflutung der Straßenbahnstrecke im Bereich des historischen Betriebshofs am Nordend. Die unterspülte Schillerstraße dient der BVG als Wendekurve und ist deshalb für den [Betrieb der Linie M1](#) besonders wichtig. Von hier aus sollen Taxis die rund zwei Kilometer lange Netzlücke schließen. Zur Umfahrung dienen auch Busse der Linie 107.

Heftiges Gewitter in Berlin-Pankow: Bezirk warnt vor Betreten der Parks



Gefährlicher Astbruch: Im Leise-Park in Prenzlauer Berg stürzen nach einem schweren Gewitter Baumteile auf Bänke.

Foto: Thomas Schubert / Berliner Morgenpost


Ein Zustand, der sich schlimmstenfalls einen Monat hinziehen könnte. Laut Verkehrsinformationszentrale (VIZ) wird die Unterspülung der Schillerstraße bis zu vier Wochen zu Beeinträchtigungen führen. In beiden Fahrtrichtungen sei die Straße voll gesperrt, während Reparaturen andauern, heißt es.

Auch eine Meldung des Bezirksamts Pankow lässt darauf schließen, dass dieses Stadtgebiet vom Gewitter besonders stark betroffen war. Laut der stellvertretenden Bürgermeisterin Manuela Anders-Granitzki (CDU) sollen Besucher in Parks größte Vorsicht walten lassen.

„Große Gefahr für Allgemeinheit“: Schadensbehebung in Pankow wird Tage dauern

Beschädigte Baumkronen stellen laut Einschätzung des Grünflächenamts eine „große Gefahr für die Allgemeinheit“ dar. Deshalb erging am Dienstag eine Warnung vor dem Betreten von Gebieten mit hohem Baumbestand.

Alle verfügbaren Dienstkräfte seien derzeit im Einsatz, um Schäden zu begutachten und zu beheben, berichtet der Bezirk. Noch steht die Schadensbilanz nicht fest. Es wird mehrere Tage dauern, die größten Spuren des Sturms zu beheben und die akute Gefahrenlage zu beenden.

Datum: 27.07.2023	Medium: BZ
	Autor: Stefan Peter Thema: Dirk Stettner

Bootstour mit Dirk Stettner

Der Berliner CDU-Fraktionschef rudert im B.Z.-Interview herum



Rudern über den Weißen See: CDU-Fraktionschef Dirk Stettner (r.) und B.Z.-Redakteur Stefan Peter Foto: Ralf Günther

Ein Politiker mit Schlagkraft: CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** (53) traf sich mit der B.Z. zum Sommer-Interview im Strandbad Weißensee, ruderte mit dem Reporter über den See. Ein Gespräch über Berlins neue Regierung, aufgebrachte Rad-Aktivisten und seine Urlaubspläne.

Übermäßig weit hat es **Stettner** zum Termin nicht – das Strandbad liegt in seinem Wahlkreis. Als er am Weißen See eintrifft, kommt die Sonne raus. Das Boot gehört dem Rettungsschwimmer, zur Zeit des Fototermins ist noch kein Badegast im Wasser.

B.Z.: Fast 100 Tage Schwarz-Rot – welche Bilanz ziehen Sie?

Dirk Stettner: Die Zusammenarbeit mit der SPD läuft ziemlich effizient, im positivsten Sinne lautlos, ohne Streit. Das ist für die Berlinerinnen und Berliner sehr wohltuend nach sechseinhalb Jahren Dauer-Streit. Wir kriegen unsere Versprechen abgearbeitet. Und das angesichts dessen, was wir übernommen haben – ein einziges Chaos. Einen mit 6,2 Milliarden überzeichneten Haushalt, keine Vorbereitung für weitere Flüchtlinge in Berlin, keine Vorbereitung für die weitere Verbeamtung von Lehrern.

Müssen die Berliner schlimme Einsparungen befürchten?

Im Gegenteil – wir werden massiv investieren, damit Berlin möglichst wieder in allen Bereichen gut funktioniert.

Bedauern Sie die schlechte Kommunikation der Verkehrsverwaltung zur Überprüfung der Radwege?

Wir werden weiterhin nicht auf die lauten Minderheiten hören, das ist in den letzten sechseinhalb Jahren viel zu lange passiert. Wir werden nicht primär auf die hören, die am lautesten klappern. So gesehen ist da alles richtig gemacht worden! Wir werden sehr, sehr schnell zeigen, dass wir deutlich mehr für einen ausgewogenen Mix der Verkehrsträger tun werden.

Sind Sie mit SPD-Fraktionschef Raed Saleh schon befreundet oder dauert das noch?

Raed Saleh und mich eint eine kooperative Zusammenarbeit. Freundschaften braucht man nicht unbedingt, um eine gute Politik zu machen. Man muss ehrlich miteinander umgehen, das funktioniert gut. Wir können uns konstruktiv streiten und Kompromisse finden.

War mit der CDU abgesprochen, dass der umstrittene Aktivist Alfonso Pantisano Queer-Beauftragter des Senats wird?

Es ist Teil des Koalitionsvertrages, dass wir einen solchen Beauftragten etablieren. Die Personalauswahl oblag einzig und allein der SPD. Es ist keine Wahl der CDU, aber ich akzeptiere die Wahl meines Koalitionspartners.

Also null Konflikt-Potenzial mit der SPD?

Wir haben ständig Konflikt-Potenzial – sonst wären wir ja keine verschiedenen Parteien. Unsere Aufgabe ist, dass wir intern diskutieren und extern gemeinsam agieren. Das tun wir.



Stettner entspannt im Liegestuhl. Demnächst geht es mit der Familie in den Frankreich-Urlaub Foto: Ralf Günther

Was muss besser laufen?

Wir konzentrieren uns immer noch zu viel auf laute Minderheiten, auf Kinder aus dem Bildungsbürgertum, die uns erklären, dass wir zu wenig für den Klimawandel tun. Wir müssen mehr auf die achten, die den Laden am Laufen halten – Menschen, die Kinder erziehen, die arbeiten gehen und die Steuern zahlen. Das sind mehr als die anderen. Natürlich sind

Minderheiten zu beachten. Aber sie haben nicht das ausschließliche Recht, eine politische Äußerung zu tätigen. Sie können laut brüllen – das halten wir auch entspannt aus. Entscheidend ist, dass es den Berlinern am Ende des Tages besser geht als vorher.

Wir sitzen gerade in einem Freibad – aktuell nicht immer der sicherste Ort ...

Es sind verschiedene Maßnahmen angeordnet worden, aber noch nicht umgesetzt. Wir müssen nicht darüber diskutieren, dass es bundesweit im Durchschnitt vermeintlich weniger Straftaten in Freibädern gibt – in Berlin ist es eine Katastrophe! Wir müssen dafür sorgen, dass Straftäter auch geahndet werden und nicht mehr in die Bäder kommen. Wir brauchen landesweite Gefährder-Listen, auf denen steht, wer wo Hausverbot hat.

In den ersten Tagen wurden die neuen Regeln schlicht ignoriert ...

Falsch verstandene Kulanz!

Was sind Ihre Urlaubspläne?

Wir fahren mit unseren Kindern, 20, 18 und 14, nach Südfrankreich, mieten uns ein Haus. Spielen Schach, gehen wandern, schauen uns schöne Städte an.

Nehmen Sie auch Bücher mit?


Der Urlaub ist die einzige Zeit, wo ich Bücher lese – mit dem Kindle. Keine Sachbücher, sondern Krimis, z.B. vom Berliner Autor Alexander Hartung.

Wir sind über den Weißen See gerudert – sind Sie gerne Kapitän?

Ich habe einen Bootsführerschein, aber kein Boot.

Raed Saleh hat im Sommer-Interview mit der B.Z. seine Pläne zur Randbebauung des Tempelhofer Feldes konkretisiert. Wie ist Ihre Position?

Dass wir den Rand bebauen, macht total Sinn. Es ist den Berlinern schwer zu erklären, warum wir Innenhöfe verdichten und ein riesiges Feld mitten in der Stadt frei lassen.

Datum:27.07.2023	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Wolfgang Kumm Thema: Dirk Stettner

Gewalt in Berliner Freibädern: CDU-Fraktionschef fordert Gefährderliste

Die anhaltende Gewalt in Berlins Freibädern ist aus Sicht von CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** nicht hinnehmbar. Er pocht auf ein härteres Vorgehen.



Ein Mitglied des Konfliktlotsen-Projekts „Bleib cool am Pool“ beobachtet vom Beckenrand im Sommerbad Pankow das Badegeschehen. Wolfgang Kumm/dpa

Dirk Stettner, Berlins CDU-Fraktionsvorsitzender, hat sich für ein konsequentes Vorgehen gegen die Gewalt in Berliner Freibädern ausgesprochen. Dazu fordert er die Einführung einer sogenannten Gefährderliste. „Wenn jemand gewalttätig im öffentlichen Raum ist, dann müssen wir wissen, wer das ist“, so **Stettner** gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. „Wir müssen den auf eine Liste schreiben, und dann müssen wir dafür sorgen, dass der erkannt wird, wenn er irgendwo wieder vor öffentlichen Bädern auftaucht“.

„Wir müssen dafür sorgen, dass jemand sich nicht in Bad A schlägt und dann rausgeschmissen wird und am nächsten Tag in Bad B geht“, sagte **Stettner**. „Meine

Idealvorstellung ist, dass wir berlinweit eine Gefährderliste haben. Und diese Liste müssen wir unseren Sicherheitsbehörden zur Verfügung stellen, digital selbstverständlich“, ergänzte er.

Stettner: Bäderbetriebe brauchen mehr Sicherheitspersonal

„Da gibt es natürlich Datenschutzerwägungen. Aber es geht bei der Gefährderansprache zum ersten Mai, also geht es auch in anderen Fällen“, sagte **Stettner**. „Die Idee ist, dass der gewaltbereite Idiot weiß, ich mache das einmal, dann war's das mit meiner Badesaison.“

„Wir haben einen galoppierenden Verfall von öffentlicher Autorität. Das war früher noch anders, da war auch ein Bademeister noch eine Autorität“, sagte der CDU-Fraktionschef. „Heute scheint er mir für manche Bevölkerungsgruppen eher ein potenzielles Opfer zu sein. Das ist eine gefährliche neue Entwicklung, der wir scharf entgegentreten müssen.“

„Wir müssen den öffentlichen Raum in Freibädern so sicher machen wie irgend möglich“, erklärte **Stettner**. „Dafür brauchen wir die höheren Zäune, dafür brauchen wir Einlasskontrollen, dafür brauchen wir Polizei im Freibad.“ Die Kapazitäten seien nicht so, dass überall Polizei präsent sein könne. „Aber wir müssen die Möglichkeit haben, dass sie möglichst schnell da ist. Im Zweifel müssen wir die Bäderbetriebe finanziell so ausstatten, dass die eben mehr Sicherheitspersonal reinschicken können“, so der CDU-Politiker.

Mehrere gewalttätige Auseinandersetzungen in Berliner Bädern

„Es gibt Bademeister, die schreiben mir oder rufen mich an, dass sie kündigen wollen. Es gibt Bademeister, die werden selbst körperlich angegriffen, aber trauen sich nicht, sich zu wehren, weil sie dann ein Disziplinarverfahren am Hals haben“, sagte **Stettner**. „Wir müssen uns vor unser Personal stellen, das gilt auch für den Bademeister.“#

Hintergrund der Überlegungen Stettners sind wiederholte gewalttätige Vorfälle in Berliner Freibädern – [etwa im Columbiabad in Neukölln](#), das in der ersten Julihälfte nach Gewaltausbrüchen wegen des hohen Krankenstands der Mitarbeiter eine Woche lang geschlossen war. Auch in Pankow und im [Prinzenbad in Kreuzberg](#) kam es in diesem Sommer bereits mehrfach zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Der Fall im Columbiabad sorgte bundesweit für Schlagzeilen und Diskussionen. Der Berliner Senat und die Bäder-Betriebe reagierten mit verschärften Sicherheitsvorkehrungen, etwa einer Ausweispflicht und [mobilen Wachen vor den Bädern](#).

Datum: 28.07.2023	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft



Bernd Wähler
aus Pankow
28. Juli 2023, 09:00 Uhr | 55x gelesen

SCHULGARTEN KOMMT NOCH

Schulhof in den Ferien verschönt



Der Abgeordnete Johannes Kraft (Bildmitte) unterstützt die Grundschule in Alt-Karow dabei, ihren Schulhof noch besser zu gestalten. • Foto: Büro Johannes Kraft • hochgeladen von [Bernd Wähler](#)

Einen Arbeitseinsatz zur Verbesserung der Situation auf dem Gelände der Grundschule Alt-Karow hat der Karower CDU-Abgeordnete Johannes Kraft unterstützt.

Gemeinsam mit Eltern, Lehrern und Schülern bearbeitete er Hecken, Beete und Gebüsch auf dem Pausenhof der Schule an der Bahnhofstraße 32. Zuvor hatte die Schulleiterin Christine Aster den Abgeordneten bei einem Vor-Ort-Termin auf den schlechten Zustand der Grünanlagen auf dem Schulhof hingewiesen. Dieser versprach schnelle Hilfe. Dieser Arbeitseinsatz war ein erster Schritt.

Weitere Aktionen, um die Situation auf dem Schulgelände zu verbessern, sind bereits in Planung. Gemeinsam mit dem Vorstand der Kleingartenanlage Alt-Karow und der Bürgerstiftung Karow wird noch in diesem Jahr damit begonnen, einen Schulgarten auf dem Schulgrundstück anzulegen, der mit einem Naturlehrpfad verbunden werden soll.

„Ich habe mich der Sache sehr gerne angenommen“, sagt Johannes Kraft. „Vielen Dank an die zuständige Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) und das Straßen- und Grünflächenamt, die unsere erste Aktion mit Mutterboden unterstützt haben.“

Ganz besonders möchte er sich aber bei den Eltern bedanken, die mitgeholfen haben und auch bei all den Schülern, die einen Ferientag darauf verwendet haben, um ihre eigene Schule zu verschönern, so Kraft weiter.

Datum: 28.07.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Marc R. Hofmann Thema: Lars Bocian

Geplatzter Tram-Traum in Berlin: Tausende sollen Bus fahren **M+**



Aktualisiert: 28.07.2023, 10:31 | Lesedauer: 6 Minuten

Thomas Schubert



Doch kein Ausbau: Laut neuesten Plänen steht eine wichtige Verkehrslösung für den stark wachsenden Bezirk Pankow in Frage. Zur Not müssen Bewohner eines neuen Quartiers mit Bussen vorlieb nehmen.

Foto: Thomas Schubert


**Umdenken bei Straßenbahn-Projekten für Quartiere mit fast 9000
Wohnungen: Zwei sicher geglaubte Konzepte sind plötzlich
Illusion.**

Dieses doppelte Aus für Straßenbahn-Konzepte geht aus einer parlamentarischen Anfrage des Pankower Abgeordneten Lars Bocian vor..

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article239044969/Geplatzter-Tram-Traum-in-Berlin-Tausende-sollen-Bus-fahren.html>

Datum: 29.07.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner  Morgenpost	Autor: Thema: Dirk Stettner

ABGEORDNETENHAUS**CDU plant im Herbst den "Aufbruch Berlin"**

29.07.2023, 08:55




Dirk Stettner, Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus.

Foto: Jens Kalaene/dpa

Der schwarz-rote Senat will im Herbst eine ganze Reihe von Gesetzen präsentieren. Worum es dabei gehen soll.

Berlin (dpa/bb). Der schwarz-rote Senat plant noch für den Herbst eine Reihe von Gesetzesvorhaben. „Wir werden im Herbst mit „Aufbruch für Berlin“ eine Sammlung von Initiativen und Gesetzen ins Parlament einbringen. Darin werden wir in verschiedenen Bereichen weitgehende Aufschläge machen“, sagte CDU-Fraktionsvorsitzender **Dirk Stettner** der Deutschen Presse-Agentur. „Wir werden das Polizeirecht anpacken, das Mobilitätsgesetz so ändern, dass mehr Flexibilität bei der Breite von Radwegen entsteht, und wir werden die Demokratieförderung von Jugendlichen stärken.“

Auch erste Verbesserungen für die Menschen in Berlin bei der Verwaltungsmodernisierung sollen umgesetzt werden. „Da werden wir liefern.“ Beim Polizeirecht gehe es darum, die Sicherheit zu verbessern. Die CDU wolle unter anderem die Regelung des finalen Rettungsschusses und die Ausstattung der Einsatzkräfte mit Bodycams, sagte **Stettner**. Die CDU werde sich dafür intensiv mit dem Koalitionspartner und Innensenatorin Iris Spranger (SPD) abstimmen.

Datum: 31.07.2023	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner  Morgenpost	Autor: Thema: Dirk Stettner

Stettner zu Geflüchteten: Ohne Großunterkünfte keine Chance

Aktualisiert: 31.07.2023, 09:13 | Lesedauer: 3 Minuten



Dirk Stettner (CDU), Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus, spricht.

Foto: Jens Kalaene/dpa

Berlins CDU-Fraktionsvorsitzender spricht sich nicht gegen die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten aus. Aber er will auch Großunterkünfte. Und die sollten schnell kommen.

Berlin (dpa/bb). Berlins CDU-Fraktionsvorsitzender **Dirk Stettner** macht Druck beim Thema Unterbringung von Geflüchteten in Großunterkünften. Angesichts

weiter steigender Flüchtlingszahlen fordert er schnelles Handeln. „Wir werden leider Großunterkünfte brauchen. Das ist einfache Mathematik. Wir wissen, dass die aktuellen Flüchtlingsunterkünfte zu 98,5 Prozent ausgelastet sind“, sagte **Stettner** der Deutschen Presse-Agentur. „Und es sollen noch geschätzt 10.000 Menschen bis Jahresende dazukommen.“

Auch er sei für eine dezentrale Unterbringung - aber das reicht aus **Stettners** Sicht nicht: „Wir werden vielleicht bis zum Jahresende noch 1500 Plätze dazu bekommen. Und selbst wenn wir vom besten Fall ausgehen, fehlen dann immer noch 8500 Plätze“, so der CDU-Politiker. „Das heißt, wir brauchen Großunterkünfte, die schleunigst hergerichtet werden.“ „Ich glaube, im Einvernehmen mit unserer Fachsenatorin Cansel Kiziltepe zu sein, dass wir im Winter keine Sporthallen schließen wollen“, sagte **Stettner**. Die Ampel-Regierung im Bund Sorge mit ihrem Nichtstun dafür, dass Kommunen irgendwann Sporthallen zumachen müssten. „Das wollen wir nicht, deswegen müssen wir Alternativen aufbauen. Damit müssen wir so schnell wie möglich starten“, so der CDU-Fraktionschef.

„Wir haben Flächen dafür, wir könnten auch Tempelhof erweitern.“ **Stettner** fordert, beim Thema Großunterkünfte „ideologischen Ballast“ abzuwerfen. „In der Krise können wir darauf leider keine Rücksicht nehmen.“

In den Großunterkünften für Geflüchtete müsse es auch Schulangebote und medizinische Versorgung geben. „Dann kommt beim Thema Beschulung zurecht die Frage: Wie soll das gehen ohne Lehrer?“, sagte **Stettner**. „Dann kommen da eben freie Träger rein. Die gibt es dort ja schon, die sind auch bereit, mehr zu machen. Wir müssen das für die nächsten Jahre ausweiten.“

Der CDU-Politiker sieht nicht zuletzt den Bund in der Pflicht: „Wir brauchen die Asylprüfverfahren dort, wo die Flüchtlinge herkommen. Auch damit fremdelt die Ampel-Regierung aus ideologischen Gründen“, kritisierte er. Durch Realitätsverweigerung von SPD, Grünen und Linke werde das Problem größer und nicht kleiner. „Wir müssen jetzt anpacken.“ Dass der nächste Flüchtlingsgipfel erst im November ist, bezeichnete der Politiker als „Witz“.

„Wir müssen jetzt ran und entscheiden. Sonst landen die Menschen im Winter auf der Straße“, warnte **Stettner**. „Die Länder brauchen endlich mehr finanzielle Unterstützung vom Bund. Die 50 zusätzlichen Millionen für Berlin sind angesichts der immensen Herausforderung geradezu lächerlich“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende.

„Wir müssen die Flüchtlingszahlen runterbringen. Wir brauchen an allen deutschen Grenzen Schleierfahndung, weil die Schengener Regeln nicht funktionieren“, sagte **Stettner**. „Die Flüchtlinge möchten nach Deutschland und kommen auch nach Deutschland. Und Berlin ist der Magnet in Deutschland, was nachvollziehbar ist“, ergänzte er. „Wir leiden hier in Berlin unter Fehlern der Ampel-Regierung und der versäumten Vorbereitung der Vorgängersensorin Katja Kipping von der Linken.“